Donnerstag, 13. Oktober 1932
Nr. 233. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

SAZ Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Sinowjew und Kamenew aus der KPSU ausgeschlossen

Massenausschlüsse in der Kommunistischen Partei Sowjetrußland

Das „Berliner Tageblatt", wie auch das WTB und andere bürgerliche Blätter, verbreiten folgende Funkmeldung aus Moskau:

Auf Grund eines Beschlusses der Zentralkontrollkommission der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 9. Oktober sind aus der Partei 20 Mitglieder und Helfershelfer der konterrevolutionären Gruppe des bereits aus der Partei entfernten Rutin ausgeschlossen worden. Die Gemaßregelten hatten versucht, auf illegalem Wege eine bürgerliche Kulakenorganisation zu schaffen.

Unter den Ausgeschlossenen befinden sich Galkin, ein früheres Mitglied der Gruppe rechter Opportunisten, Slepkow, der früher schon zweimal als Rechtsopportunist aus der [illegible] war, Maretzki, der wegen Rechtsopportunismus, und Pteschny, der wegen trotzkistischer Tätigkeit aus der Partei ausgeschlossen war,

ferner Sinowjew und Kamenew,

die früheren Organisatoren eines partei- und sowjetfeindlichen Blocks, die seinerzeit aus der Partei ausgeschlossen und erst nach ihrer Erklärung auf dem 15. Parteitag, daß sie voll und ganz „ihren Willen und ihre Ansichten der Partei unterordnen", wiederaufgenommen worden waren.

Außerdem wurden aus der Partei ausgeschlossen vier Personen, darunter Uglanow, ein ehemaliger Teilnehmer der rechtsopportunistischen Opposition. Diesen Personen wurde jedoch das Recht zuerkannt, nach einem Jahre die Revision dieses Beschlusses nachzusuchen.

Die Begründung in der „Prawda"

Moskau, 11. Oktober.

CNB. Ueber die Zusammenhänge, die zu dem überraschend gekommenen Entschluß des Zentralkontrollkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, zwanzig prominente Mitglieder der Partei auszuschließen, geführt haben, berichtet das Organ der Kommunistischen Partei, die „Prawda", folgendes:

„Schon in den letzten Jahren haben wir die Beobachtung gemacht, daß einzelne Parteimitglieder in Augenblicken, in denen die Klassenfeinde besonderen Widerstand leisteten und in denen sich klassenfeindliche Stimmungen ergaben, zum Sprachrohr des Klassenfeindes wurden und sich zum Kampf gegen Lenins Generallinie zusammenschlossen. Zu einer solchen Gruppe gehört auch die Gruppe Rutin-Galkin, eine Gruppe, in der sich die aus der Partei ausgeschlossenen Anhänger Trotzkis und andere parteifeindliche Elemente vereinigt haben. Diese Gruppe, die einen konterrevolutionären Charakter trug, hat Dokumente verfaßt, in denen sie ein Programm zur Wiederherstellung des Kapitalismus und des Kulakentums entwickelt hat. Gefordert wird darin die Auflösung der Sowjetgüter und der Kollektivwirtschaften, und die Auslieferung der Industriebetriebe an den Kapitalismus in Form von Konzessionen. Hauptsächlich besteht diese Gruppe aus Leuten, die schon jahrelang die Parteilinie bekämpft haben.

Als Helfershelfer dieser konterrevolutionären Gruppe traten Leute wie Sinowjew und Kamenew und Uglanoff auf. Schon vor fünfzehn Jahren, am Vorabend der Oktoberrevolution, hat Lenin sowohl Sinowjew als auch Kamenew als Streikbrecher gebrandmarkt und ihren Ausschluß aus der Partei gefordert. Dennoch schenkte die Partei beiden Vertrauen. Nach zehn Jahren gingen sie in offener Rebellion abermals gegen die Partei vor, erklärten aber am 15. Parteitage, daß sie ihren Willen und ihre Ansichten der Partei unterordnen würden. Wiederum schenkte die Partei ihnen größtes Vertrauen und nahm sie wieder in ihre Reihen auf, ja, betraute sie aufs neue mit verantwortungsvoller Arbeit. Jedoch der Geist des Fraktionswesens trieb Sinowjew und Kamenew zu neuer Verschwörung gegen die Partei. Diese hat nun am Vorabend des 15. Jahrestages der Revolution die Konsequenzen gezogen und eine Säuberung durchgeführt."

*

Das sind vorläufig nur bürgerliche Meldungen. Erst offizielle Nachrichten der kommunistischen Presse werden völlige Klarheit — nicht über die wirklichen Vorgänge und Hintergründe — aber über die Art und die Begründung der Ausschlüsse schaffen. Vorläufig schweigt sich die ganze KPD-Presse völlig darüber aus. Sie bringt weder eine Meldung über die Ausschlüsse noch ein Dementi.

An der Tatsache der Ausschlüsse selbst kann offensichtlich kein Zweifel mehr bestehen. Auch die Uebermittelung der Begründung der „Prawda" durch das Conti-Büro scheint ihrer ganzen Terminilogie nach echt zu sein.

Die Begründung der Ausschlüsse entspricht ganz den bisherigen Gepflogenheiten des von Stalin beherrschten ZK. Es ist die widerwärtige, gegen Trotzky und alle anderen Gegner Stalins angewandte Methode, die Ausgeschlossenen als „konterrevolutionäre Verbündete des Kapitals und Kulakentums" zu beschimpfen. Das sind selbstverständlich sinnlose und unwahre Verdächtigungen. Dabei werden allerdings Sinowjew und Kamenew bei den Revolutionären der ganzen Welt wenig „Mitleid" finden, denn sie haben nach ihrem ersten Ausschluß vor einigen Jahren nicht nur in der würdelosesten Form vor Stalin kapituliert, sondern auch ihre oppositionellen Kampfgefährten verraten und hinterher mit Dreck beworfen.

Der Ausschluß von so prominenten Persönlichkeiten wie Sinowjew, Kamenew, Uglanow u. a., die Tatsache, daß die KPSU unmittelbar vor dem 15. Jahrestag der Oktoberrevolution sich zu diesem Schritt gezwungen glaubt, wird nicht nur großes internationales Aufsehen erregen, sondern beweist auch, daß es in der Sowjetunion zu schweren inneren politischen Kämpfen gekommen ist. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß ihre tieferen Ursachen in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und in verstärkten Zweifeln großer Teile der Kommunistischen Partei an der Richtigkeit der Stalinschen Wirtschafts- und innerparteilichen Herrschaftsmethoden zu suchen sind.

Ungeachtet der Ablehnung der Methoden Stalins ist es für jeden Revolutionär und Proletarier eine Selbstverständlichkeit, daß er sich nach wie vor mit all seinen Kräften für die Sowjetunion einsetzt, daß er allen Versuchen der kapitalistischen Presse und Konterrevolutionären, die Schwierigkeiten der Sowjetunion für sich auszunützen, mit aller Energie entgegentritt.

Barrikaden in Belfast

Arbeitslosen-Kämpfe in England

Belfast, 11. Oktober.

WTB. **Arbeitslose versuchten heute verbotswidrige (!) Umzüge zu veranstalten. Die Polizei, die mehrmals mit dem Gummiknüppel gegen sie vorging, zog Verstärkungen aus der Nachbarschaft heran. Mehrere Ruhestörer wurden verhaftet. In den Straßen von Belfast patrouillieren Panzerwagen.**

Belfast, 11. Oktober.

WTB. **Die Unruhen nahmen heute im Laufe des Nachmittags einen derartigen Umfang an, daß die Stadt durch einen Polizeikordon abgesperrt werden mußte. An einer Stelle der Stadt wurden von den Aufrührern Gräben aufgeworfen und Barrikaden errichtet. Zu wiederholten Malen mußte (!!) die Polizei zum Angriff übergehen, um die Ansammlungen der Aufwiegler zu zerstreuen.**

1 Toter, 15 Verletzte

Belfast, 11. Oktober.

WTB. **Die Unruhen flackerten heute nachmittag in der Stadt wieder auf. Die Menge versuchte, den Verkehr in den Straßen zu verhindern und zerstörte durch Steinwürfe eine Reihe von Schaufenstern und Fensterscheiben an den Straßenbahnwagen. Polizei zerstreute die Unruhestifter. Diese rotteten sich aber kurz darauf wieder zusammen und bewarfen die Beamten mit den verschiedenartigsten Gegenständen. Als aus der Menge sogar Schüsse (!) abgegeben wurden, erwiderte die Polizei das Feuer.**

Die Ordnung wurde schließlich wiederhergestellt. Die Läden in den von den Unruhen betroffenen Stadtteilen sind geschlossen. Sie werden von Polizeibeamten bewacht. Es ist eine Verfügung ergangen, wonach das Betreten der Straßen von einer bestimmten Stunde ab untersagt ist. Bei den Zusammenstößen sind 15 Personen verletzt worden.

Die Arbeitslosen-Demonstrationen haben auch ein Todesopfer gefordert. Von den Verwundeten ringen zwei um ihr Leben. Drei Polizisten sind verletzt worden.

*

Wie immer, so sind auch hier die Meldungen des bürgerlichen Telegraphenbüros ganz im Stile eines tendenziösen Polizeiberichts aufgemacht, so als ob die Arbeitslosen einfach radaulustige Raufbolde und Verbrecher wären.

Jeder Proletarier erkennt aber trotzdem aus den Meldungen, um was es hier geht. Es ist die grenzenlose Not, der Hunger, der auch in England die Massen zur Aktion auf die Straße treibt. Man könnte nur wünschen, daß die etwa 35 Millionen Arbeitslosen in allen kapitalistischen Ländern marschieren. **Keine Macht des Kapitals könnte dem entschlossenen und einheitlichen Kampfeswillen dieser Riesenmasse widerstehen.**

Sondergericht ermöglicht Nazis die Flucht!

(Eigene Meldung der SAZ)

Paderborn, 11. Oktober.

Vor dem Sondergericht in Paderborn waren vor einiger Zeit 14 Nationalsozialisten wegen gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und Waffenmißbrauchs zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Von den Verurteilten wurden 12 trotz hoher Strafen vorerst in Freiheit gesetzt. Jetzt erhielten sie eine Aufforderung zum Strafantritt. Von den Verurteilten ist jedoch niemand mehr aufzufinden. Sie sind alle flüchtig.

Der Sinn dieses Wahlkampfes

Die Aufgaben der SAP

Die Sozialistische Arbeiter-Partei ist bis zu ihrem letzten Mitglied von der Erkenntnis durchdrungen, daß das Schicksal der Arbeiterklasse nicht mit parlamentarischen Mitteln entschieden wird. Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß es die Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung und insbesondere der Sozialistischen Arbeiter-Partei ist, den außerparlamentarischen Kampf der Arbeiterklasse um die Eroberung der politischen Macht zu organisieren. Wenn sich die Sozialistische Arbeiter-Partei trotzdem auch parlamentarischer Mittel bedient, so kann dies nur dann gerechtfertigt sein, wenn es im Dienste des außerparlamentarischen Kampfes, als ein Mittel der Mobilisierung der Massen geschieht.

Am Beginn dieses Reichstagswahlkampfes steht also für uns die Erkenntnis, daß dieser Wahlkampf nur ein Teilgefecht ist und daß durch seinen Ausgang nichts unmittelbar entschieden werden wird. Die künftige Linie der deutschen Politik, das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft und der deutschen Arbeiterbewegung — das alles hängt nicht ab von der Verteilung der Mandate im neuen Reichstag, sondern von dem Spiel der außerparlamentarischen, gesellschaftlichen Kräfte und Machtfaktoren. **Das Schicksal des letzten Reichstages wird Hunderttausenden, die noch von parlamentarischen Illusionen erfüllt waren, die Augen geöffnet haben.**

Diese Lehren des politischen Geschehens der jüngsten Vergangenheit werden wir in diesem Wahlkampf zu vertiefen und zu verbreiten haben. Dieser Wahlkampf erhält seinen Sinn für uns also zunächst als eine Gelegenheit zur Aufklärung der Massen. Voraussetzung aller Aufklärung ist restlose eigene Klarheit. In unserer Partei muß sich jeder als Funktionär fühlen, muß jeder es als seine wichtigste Aufgabe erkennen, in unermüdlicher Selbstschulung die Klarheit zu gewinnen, die er braucht, um anderen klare Erkenntnisse vermitteln zu können. Das erste Jahr der SAP hat vieles zu dieser Selbstklärung, zu dieser Selbstschulung, zu dieser Selbstverständigung, wie Marx und Engels es nannten, beigetragen. Diese Arbeit muß jetzt, auch im Wahlkampf und noch mehr nach dem Wahlkampf, systematischer fortgesetzt werden. Zu der organisatorischen Arbeit, mit der wir in diesem Jahre das Fundament der Partei geschaffen haben, muß mehr noch als bisher gleichberechtigt die marxistische Schulungsarbeit gestellt werden. Dabei muß es unsere besondere Pflicht sein, politische Wirksamkeit nach außen und Schulungsarbeit nicht etwa nebeneinander zu betreiben, sondern organisch miteinander zu verbinden und wechselseitig einander befruchten zu lassen. Für den Wahlkampf bedeutet das, daß die Klarheit, die wir uns in unseren Diskussionen gewonnen haben, in jedem Flugblatt, in jeder Versammlungsrede, in jedem Aufruf und in jedem Zeitungsartikel zum Ausdruck kommen muß. Nirgends darf ein falsches Zugeständnis gemacht werden, nirgends darf Raum gegeben sein für das Wiederaufleben parlamentarischer Illusionen.

Diese Aufklärungsarbeit ist zu ergänzen und zu vertiefen durch die Verbreitung der Gedanken, die wir in dieser Situation der Arbeiterklasse zu vermitteln haben. Unsere bisherige Agitation wurde im wesentlichen bestritten durch die Kritik an der Politik der beiden großen Arbeiterparteien und durch das Aufweisen des revolutionären, des proletarischen Weges aus der Krise. Beides bleibt nach wie vor unbedingt notwendig. Es gibt heute Genossen, die die Auffassung vertreten, es sei nun genug der Kritik. Das ist nicht richtig. Auch in Zukunft, auch in diesem Wahlkampf ist es unsere Aufgabe, die verhängnisvollen Fehler, die die deutsche Arbeiterbewegung seit 1914 begangen hat, sachlich, gründlich und grundsätzlich darzulegen. Es ist irrtümlich, Kritik für etwas Negatives zu halten. Gerade in der heutigen Situation ist die richtige Kritik, die Erkenntnis der Fehler der Vergangenheit und Gegenwart die Voraussetzung dafür, daß überhaupt wieder Positives geleistet werden kann. Je weniger in den beiden großen Arbeiterparteien Selbstkritik gestattet ist, je weniger dort nach der Erkenntnis Lassalles gehandelt wird, daß alle proletarische Politik damit beginnen muß, auszusprechen was ist, um so mehr ist es die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-

Partei, diese proletarische Selbstkritik im Interesse der ganzen Klasse und vor der ganzen Klasse zu leisten.

Ebenso notwendig bleibt es, in dieser Krise des kapitalistischen Systems immer erneut zu zeigen, daß dem Kapitalismus nur der Ausweg einer immer schärferen Ausbeutung der Massen, einer immer größeren Anhäufung neuer Krisenursachen und schließlich nur der Katastrophenweg eines neuen Weltkrieges bleibt, während der Reformismus, wie er noch heute unverändert in der SPD und in den freien Gewerkschaften herrscht, auf dieser Entwicklungsstufe des Kapitalismus überhaupt keine Daseinsberechtigung mehr hat. Wir dürfen nicht müde werden, diese grundsätzlichen Erkenntnisse zu verbreiten, an allen Tagesereignissen neu zu erweisen und den revolutionären Weg aus der Krise als die einzige Rettung für die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung aufzuzeigen.

Aber neben diese beiden unverändert notwendigen Aufgaben unserer Aufklärungsarbeit muß stärker als bisher eine dritte treten. Wir sind uns bewußt, daß die Arbeitermassen nicht durch abstrakte revolutionäre Losungen in Bewegung gebracht werden, sondern nur durch den Kampf für ihre unmittelbaren Lebensinteressen. Daher müssen wir stärker als bisher unsere Agitation anknüpfen an das Leben und Leiden der proletarischen Massen und müssen zu Kampflosungen kommen, die aus dem heutigen proletarischen Schicksal erwachsen. Das bedeutet nicht, daß wir uns bei solchen Kampfeslosungen auch nur einen Augenblick der Illusion hingeben, als könnte die Lage des Proletariats innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verbessert werden. Wir wissen, daß in der Niedergangsepoche des Kapitalismus für eine Verbesserung der proletarischen Lebenslage kein Raum mehr ist. Diese Kampfeslosungen dienen vielmehr, wie unser ganzer Wahlkampf, nur dem Ziel, zur Mobilisierung der Massen beizutragen und sie in dem Kampf für solche Einzelforderungen an die Grenzen der kapitalistischen Ordnung zu führen, ihnen aus dem Erlebnis dieser Kämpfe die Erkenntnis zu vermitteln, daß sie über diese kapitalistische Ordnung hinausstoßen, sie zertrümmern müssen. Solche Erkenntnis kommt den Massen nicht aus Zeitungsartikeln, Parteiprogrammen oder Aufklärungsbroschüren, sondern nur aus der Verbindung des praktischen Kampfes mit ständiger verstandesmäßiger Verwertung des Erlebten.

Die Sozialistische Arbeiter-Partei wird in diesem Wahlkampf offiziell mit solchen Kampflosungen hervortreten, und wir wollen daher der Formulierung dieser Parolen nicht vorgreifen. Nur um das, was wir meinen, deutlicher zu machen, nennen wir einige Beispiele. Wir müssen versuchen, die Massen zu mobilisieren für den Kampf um dauernde und ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen und sonstigen Bedürftigen. In diesem Zusammenhang können wir darauf verweisen, daß immerhin noch gewaltige Ersparnismöglichkeiten beständen, bei deren Verwirklichung gewaltige Beträge für die sozialen Einrichtungen gewonnen werden könnten: Keinen Pfennig mehr den Fürsten, keine Subventionen mehr den Großagrariern, eine andere Zoll- und Handelspolitik, fort mit den hohen Pensionen und Riesengehältern, Schluß mit der ungeheuerlichen Verschwendung für den deutschen Militarismus — das sind Parolen, die in weitesten Kreisen der Bevölkerung Widerhall finden werden. Sie müssen ergänzt werden durch die Forderung, die stillgelegten Betriebe durch die Arbeiter weiterführen zu lassen und überhaupt die Produktion unter Arbeiterkontrolle zu stellen, nachdem sich die Unfähigkeit der kapitalistischen Unternehmer so überwältigend erwiesen hat. Zu diesen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen müssen politische treten, so der Kampf gegen die Militarisierung der Jugend (Arbeitsdienst, Wehrsport usw.), der Kampf gegen die Klassenjustiz und gegen die Sondergerichte im besonderen.

Das sind einige Beispiele für Kampfeslosungen, wie wir sie uns aus der heutigen Situation heraus als notwendig vorstellen. Auf welche Weise nun dieser Wahlkampf nicht nur zur Aufklärung und Schulung, sondern auch zur Mobilisierung der Massen ausgewertet werden kann, das wird in einem weiteren Artikel dargelegt werden.

Sozialistische Arbeiter-Jugend spitzelt

Die neuen Methoden des angestellten Berliner Vorsitzenden

Vom SJV wird uns geschrieben:

Nachdem der Berliner Vorsitzende der SAJ sich bei der Spaltung ernsthaft bemühte, den jungen Arbeitern klar zu machen, man darf sich nicht von der Partei der Tolerierungspolitik entfernen, und eine neue wirklich auf revolutionären Boden stehende Organisation nicht gründen; nachdem er weiter versuchte seine „oppositionellen" Auffassungen dadurch populär zu machen, daß er sich auf Tagungen rechte Referenten holt, um so „linke" Phrasen hinaus zu posaunen, und auf Vorsitzendenkonferenzen gegen wirklich oppositionelle Genossen Stellung nimmt, hat er jetzt neue Methoden erfunden. Jetzt ist dieser Vorsitzende, von dem selbst die SAJ-Gruppe Arnimplatz sagt, daß er charakterlos ist, auf die Idee verfallen mit Spitzelmethoden innerhalb des SJV, Genossen für die SAJ zu erobern.

Wir wünschen dem Jugendsekretär und Vorsitzenden guten Erfolg und hoffen, daß er sich bald wieder nach noch „moderneren" Mitteln umsehen muß, denn im SJV ist nichts zu machen.

*

Der Genosse Paul Krause wird hiermit wegen Spitzelei für die SAJ aus dem SJV ausgeschlossen.

Allen solchen Elementen wünschen wir den besten Erfolg für ihre weitere Arbeit — in der SAJ.

Wollte Severing selbst Reichskommissar werden?

Ungeklärte Widersprüche im Leipziger Prozeß — Professor Anschütz gegen die Reichsregierung

Aus dem Verlauf des 2. Verhandlungstages vor dem Staatsgerichtshof, über den wir weiter unten berichten, ist am interessantesten die Frage, die dort nicht geklärt werden konnte: hat Severing im Juni dieses Jahres den Reichsinnenminister v. Gayl vor der Einsetzung eines Reichskommissars gewarnt oder hat er ihm, wie der Reichsinnenminister erneut behauptet, im Gegenteil dazu geraten?

Wahrscheinlich wird es niemals mehr möglich sein, diese Frage mit juristischer Exaktheit zu klären. Wohl aber ist es angängig, diesen Fragekomplex politisch zu beurteilen. Und da bleibt, angesichts eines so krassen Widerspruches zwischen zwei Männern, die immerhin eine gewisse Veranlassung haben, nicht direkt die Unwahrheit zu sagen, nur eine Lösung: Severing war für einen Reichskommissar, wenn er selbst (oder vielleicht auch Otto Braun) mit diesem Amt betraut worden wäre. Darum hat er in diesem Gespräch mit dem Reichsinnenminister in dieser Richtung vorgefühlt — und als er gemerkt hat, daß er sicher für dieses Amt nicht in Frage kommen würde, da hat er dann später gegen die Einsetzung eines Reichskommissars Stellung genommen.

Wenn es so gewesen ist — und alle Anzeichen sprechen dafür —, dann fällt auf die Haltung der führenden sozialdemokratischen Staatsmänner ein mehr als eigenartiges Licht. Severing läßt sich heute als Märtyrer preisen, der ADGB vertreibt sein Bild in Seide mit den klassischen Worten „Ich weiche nur der Gewalt", und in Massenversammlungen der Eisernen Front wird dieser schlimmste Versager und großmäuligste Schwätzer aus den Reihen der deutschen Sozialdemokratie in geradezu widerlichen Formen angehimmelt. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter wüßten, daß dieser Mann zu allem bereit war, um nur einen Posten zu behalten — sie würden ihn nicht mehr mit Jubel und Freiheit-Rufen empfangen.

*

Der 2. Verhandlungstag im Prozeß Preußen contra Reich vor dem Staatsgerichtshof begann mit einer nochmaligen längeren Auseinandersetzung über das Verhalten von Otto Braun zur Gehaltsfrage. Der preußische Vertreter Dr. Brecht erklärte die Behauptung, Braun habe sich dadurch befriedigt erklärt, daß sein Gehalt voll weiter gezahlt würde, als unwahr. Von Braun selbst lag ein Brief vor, in dem er die Vorwürfe des Reichsvertreters zurückwies. Reichsgerichtspräsident Bumke schloß diesen Punkt mit einer Erklärung ab, daß er der Meinung sei, bei einer Persönlichkeit wie dem Ministerpräsidenten Braun wäre eine Unterstellung, daß ihm die Gehaltsfrage das einzig Wesentliche an der ganzen Sache gewesen sei, nicht am Platze.

Der Vorsitzende äußerte sich dann zu der Frage der Zeugenvernehmung Severings, Papens usw. Er vertrat den Standpunkt, daß der Staatsgerichtshof nicht die prozessuale Berechtigung habe, diese Zeugen zu vernehmen. Was die Beziehungen zwischen der Regierung Papen und den Nationalsozialisten betreffen,

so scheine es kaum bestreitbar zu sein, daß Einigkeit zwischen der Regierung und den Nationalsozialisten darin bestand, daß mit der preußischen Regierung Schluß gemacht werden müsse.

Dr. Brecht erklärt demgegenüber eine Zeugenvernehmung von Ministern vor dem Staatsgerichtshof durchaus für möglich. Professor Heller und Dr. Badt halten vor allem Schlieicher für die treibende Kraft im Kampf gegen die Braun-Severing-Regierung. Der Vertreter der Reichsregierung weist alle Behauptungen über Abmachungen mit den Nationalsozialisten sehr scharf zurück.

Man wendet sich dann der Frage zu, welche Zustände durch die Verordnung vom 20. Juli entstanden seien. Dr. Brecht erklärt in einem längeren Vortrag, es stehe fest, daß es der Reichsregierung auf eine endgültige Absetzung des Kabinetts Braun angekommen sei. Erst einige Tage später, als sich ergeben habe, daß das Reich zu dieser Absetzung gar nicht befugt sei, habe die Reichsregierung sich darauf beschränkt, von einer Suspendierung der Amtsausübung zu sprechen.

Der Vertreter der Reichsregierung erwiderte, es habe sich nicht um eine endgültige Absetzung der preußischen Minister gehandelt, sondern die Reichsregierung habe sie lediglich von der Ausübung ihrer Amtsfunktionen enthoben.

Wenn einige Formalitäten versehen worden seien, so habe das wirklich keine entscheidende Bedeutung.

Die Beamtenernennungen rechtfertigte der Reichsvertreter mit der Behauptung, wenn auch die Einsetzung der kommissarischen Regierung eine Maßnahme vorübergehenden Charakters sei, so könne doch diese Regierung ihrerseits Maßnahmen von dauerndem Charakter treffen.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung verlas Dr. Brecht eine

Erklärung Severings

zu der Behauptung, er selbst habe beim Reichsinnenminister die Einsetzung eines Reichskommissars für notwendig erklärt. Severing behauptet in seiner Erklärung, er habe Herrn v. Gayl dringend vor einer derartigen Maßnahme gewarnt. Demgegenüber verlas Ministerialdirektor Dr. Gottheiner folgendes Telegramm, das Reichsinnenminister v. Gayl ihm übersandt hat:

„Etwa Mitte Juni d. J. hatte ich mit Herrn Minister Severing in dessen Amtszimmer eine Unterredung über schwebende polizeiliche Fragen. Im Verlaufe der Unterredung brachte Minister Severing das Gespräch auf die damals in der Oeffentlichkeit umlaufenden Gerüchte über die angeblich von der Reichsregierung geplante Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen. Ueber den Umfang der Befugnisse eines solchen Reichskommissars ist dabei selbstverständlich nicht im Einzelnen gesprochen worden. Es unterliegt aber nach meiner bestimmten Erinnerung keinem Zweifel, daß es sich bei dem Gespräch um die weitgehende Maßnahme der Einsetzung eines politischen Reichskommissars für Preußen handelte. Bei dem Gespräch erklärte Minister Severing, er habe sich an dem Geschrei über die angeblich bevorstehende Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen nicht beteiligt, weil er persönlich der Ansicht sei, daß diese Maßregel sich nicht werde umgehen lassen. Im weiteren Verlauf des Gesprächs äußerte Minister Severing mit Bezug auf die Einsetzung des Reichskommissars: „Warten Sie nicht mehr lange ab."

Dann begann die rechtliche Erörterung mit einer allgemeinen Aussprache über die Probleme, die sich aus dem Artikel 48 der Reichsverfassung in Verbindung mit der bundesstaatlichen Gliederung des Deutschen Reiches ergeben. Hierzu machten die Vertreter Bayerns und Badens grundsätzliche Ausführungen, in denen sie für die Wahrung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches eintraten.

Weiter wird die Frage untersucht, welche Voraussetzungen gegeben sein müßten, damit das Reich eine Reichsexekution gegen ein Land durchführen dürfe. Hierzu spricht als Mitglied der preußischen Delegation der bekannte Kommentator der Reichsverfassung, Professor Anschütz. Er erklärte,

die Weimarer Verfassung sei nicht so auszulegen, wie die jeweilige politische Situation es fordere,

sondern so, wie sie gemeint sei. Voraussetzung für eine Reichsexekution sei, daß das betreffende Land seine Pflicht gegenüber dem Reich bezw. den Reichsgesetzen verletzt habe. Die bloße Tatsache, daß in einem Lande eine andere Politik getrieben werde als im Reich, könne niemals den Tatbestand der Pflichtverletzung aus Artikel 48 Abs. 1 erfüllen.

In der Tatsache, daß gegen Preußen ohne vorherige Mitteilung vorgegangen worden sei, liege ein so erheblicher Verfahrensmangel, daß der Gerichtshof zur Zurückweisung der Verordnung kommen müsse.

Nach einer Aussprache über einzelne Punkte dieses Gutachtens wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

„Verfassungswidriges Verhalten der Reichsregierung"

Beschluß des auswärtigen Ausschusses

Berlin, 11. Oktober.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Frick (Natsoz.) zusammen, um über Lausanne, Abrüstung und Völkerbundstagung zu beraten. Von der Regierung war kein Vertreter erschienen. Auch die Deutschnationalen nahmen an der Sitzung nicht teil.

Die Kommunisten beantragten, den Auswärtigen Ausschuß in einen Untersuchungsausschuß umzuwandeln. In der Abstimmung stimmten nur die Kommunisten dafür, dagegen das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Nationalsozialisten. Die Sozialdemokraten übten Stimmenthaltung. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis unter Stimmenthaltung der Sozialdemokraten wurde ein anderer kommunistischer Antrag abgelehnt, der die Oeffentlichkeit herstellen wollte. Am Schluß der Beratung wurde folgender Antrag Dr. Frick (Natsoz.), Dr. Bell (Zentr.) und Graf Quadt (Bayr. Vp.) angenommen:

„In der auf heute anberaumten neuen Sitzung mit der Tagesordnung: Bericht über die Lausanner Verhandlungen, Abrüstungsfrage, Bericht über die Völkerbundstagung, hat die Reichsregierung wiederum ihr Erscheinen abgelehnt.

Das verfassungswidrige Verhalten der Reichsregierung

wird besonders dadurch gekennzeichnet, daß sie sich einerseits mit scharfer Betonung beruft auf die Reichsverfassung und daraus die uneingeschränkte Ausübung aller verfassungsmäßigen Rechte einer vollberechtigten Regierung für sich herleitet, daß sie andererseits aber ihren verfassungsmäßigen Pflichten gegenüber der Volksvertretung sich entzieht. Die Reichsregierung hat sich also durch ihre erneute grundlose Weigerung, vor dem Auswärtigen Ausschuß zu erscheinen,

eines wiederholten Verfassungsbruches schuldig gemacht.

Dem neuen Reichstag bleibt es vorbehalten, daraus die verfassungsmäßigen Folgerungen zu ziehen. Die Weigerung der Reichsregierung, dem Auswärtigen Ausschuß Rede und Antwort zu stehen, bedeutet aber auch

eine schwere Schädigung der außenpolitischen Stellung des Reiches,

da die Reichsregierung damit vor aller Welt beweist, daß sie nicht den Mut findet, für ihre von schweren Mißerfolgen in Lausanne und Genf begleitete Außenpolitik einzustehen und eine Unterstützung im Volk und in der Volksvertretung zu suchen. Ihre außenpolitischen Aktionen entbehren deshalb von vornherein des nötigen Gewichtes. Das Wohl der Nation verlangt gebieterisch die alsbaldige Beendigung dieses verwerflichen und verfassungswidrigen Zustandes."

Für diesen Antrag stimmten außer den Antragstellern auch die Sozialdemokraten, die dazu erklärten, es sei eine eigenartige Feier des Harzburger Tages, daß die Sozialdemokraten in die Lage versetzt würden, einem von den Nationalsozialisten gegen eine sogenannte nationale Regierung eingebrachten Antrag zuzustimmen. Die Kommunisten erklärten, daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen würden.

Die Regierung pfeift auf alles

Wie das Conti-Nachrichten-Büro zu dieser Angelegenheit erfährt, ist man in politischen Kreisen der Ansicht, daß diesem Beschluß keinerlei reale politische Bedeutung beizumessen sei und daß er auch keinerlei Konsequenzen nach sich ziehen werde.

Abstoßender Führerkult bei der SPD

Die SPD geht in diesem Wahlkampf immer mehr dazu über, die nationalsozialistischen Methoden eines widerlichen Führerkultes anzuwenden. Wir bringen heute nur zwei Beispiele für diese Entartung, die einer Arbeiterpartei durchaus unwürdig ist. Das eine Beispiel entstammt der „Breslauer Volkswacht", die eine Versammlungsrede Paul Löbes mit der dick unterstrichenen Ueberschrift bringt „Der Führer eröffnet den Wahlkampf". Löbe, der Duce der SPD — was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter zu solcher bewußten Anpassung an das nationalsozialistische Vorbild?

Der Streik in den Bayer. Motorenwerken

(Eigener Bericht)

München, 10. Oktober.

Wir haben in unserer Sonntagnummer bereits kurz gemeldet, daß die Belegschaft der BMW geschlossen in den Streik getreten ist. Im ganzen streiken 990 Personen, die zum großen Teil im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind. Die Direktion wollte unter Berufung auf 100 Neueinstellungen eine 25prozentige Lohnkürzung für die 31. bis 40. Arbeitsstunde vornehmen. Bei Verhandlungen zeigte sie sich ganz unzugänglich und erklärte, die Möglichkeiten der Notverordnung voll ausnutzen zu wollen. Es sollen also noch 100 Mann eingestellt werden, um die Lohnkürzung bis 50% steigern zu können. Der Metallarbeiterverband erklärte, den Schlichter anrufen zu wollen, weil die Neueinstellungen Saisoneinstellungen seien und demnach die Notverordnung nicht angewendet werden könne. Die Betriebsvertretung wandte sich dagegen. Es wurde erklärt, einer Entscheidung des Schlichters unterwerfe sich die Belegschaft nicht. Der Streik wurde von der Betriebsversammlung einstimmig beschlossen.

Die Nazis, voran der „Völkische Beobachter", versuchen den Streik zu einer Propaganda für den Nationalsozialismus auszunützen. Der „VB" schreibt „Streik bei den BMW unter Führung der nationalsozialistischen Betriebszelle(!!)." Das ist natürlich glatter Schwindel. Die Nazis stellen einen verschwindenden Bruchteil der Streikenden dar.

Jungarbeiter-Streik in Bunzlau

(Sonderbericht der SAZ)

Warum wird gestreikt?

Seit Montag stehen in Bunzlau 245 Jungarbeiter im Alter von 17 bis 25 Jahren im Streik gegen die ihnen von der Stadt unter unglaublichen Bedingungen aufgezwungene Pflichtarbeit. Die Jugendlichen, die nur ein paar lumpige Mark Wohlfahrtsunterstützung bekommen, von denen sie kaum das Nötigste zum Leben bestreiten können, sollen dafür noch je nach Höhe der Unterstützung bis zu drei Tagen unbezahlte Pflichtarbeit leisten. Die Jugendlichen, die jederzeit ordentlich bezahlte Arbeit verrichten würden, lehnten einmütig ab, Pflichtarbeit unter derart jämmerlichen, ausbeuterischen Bedingungen zu verrichten und legten darum am Montag die Arbeit geschlossen nieder. Die sofort gebildete Streikleitung (bestehend aus Vertretern der SAP, KPD und NSDAP) begab sich zu dem sozialdemokratischen Obermagistratsrat Gärtner (früher einmal Gewerkschaftsführer!), der die Streikleitung an den Ersten Bürgermeister verwies. Dieser Herr aber war für die Proleten nicht zu sprechen und verwies seinerseits wieder auf den „Genossen" Gärtner!!!

Was fordern die streikenden Jungarbeiter?

Neben der laufenden Unterstützung als Bezahlung der geleisteten Arbeit pro Arbeitstag 1,50 RM. Lieferung der nötigen Arbeitskleidung unentgeltlich durch die Stadt. Sonderzuwendung von Lebensmitteln (Brot und Margarine) für die Arbeitstage.

Was bewilligt die Stadt großr ütig?

Für drei Arbeitstage (pro Tag 8 Stunden!) ein Brot und ein Pfund Margarine. Für 2 Tage ein Brot, für einen Tag ein halbes Brot. — Arbeitskleidung (Schuhe und Hosen) gibt es sogar auch, aber — nach erfolgter Pflichtarbeit (in einigen Wochen) sollen nach einer „Bedürftigkeitsprüfung" entsprechende Abzüge gemacht werden!

Die „Machtposition" der SPD im Rathaus

Bei den Verhandlungen der Streikleitung mit dem SPD-Obermagistratsrat zeigte sich dessen Arbeiterfreundlichkeit und Machtposition im grellsten Lichte. Statt daß dieser frühere Arbeiterführer für die Forderungen der jungen Genossen eintritt, verteidigt er die Haltung des bürgerlichen Magistrats und glaubt mit leeren Redensarten die Arbeiter abspeisen zu können. Zynisch meinte er — dem Sinne nach — streikt ruhig weiter, dann kürzen wir die Unterstützung, und die Stadt spart dadurch noch. Er sieht scheinbar seine „sozialistische" Pflicht darin, die Polizei gegen die jungen Arbeiter zur „Beruhigung" einzusetzen. Wenn es bei der Empörung der Jugendlichen zu Verzweiflungsakten kommen sollte, dann würde er ohne Bedenken das Görlitzer Ueberfallkommando bemühen, die Kosten dafür werden ja aus den Unterstützungen an die Streikenden eingespart! So wirken sich praktisch die Machtpositionen der SPD in der Verwaltung aus: die „Arbeitervertreter" führen die arbeiterfeindlichen Pläne der Reaktion durch! — Auch der SPD-Landrat Köhne hält die sofortige Einberufung des Kreisausschusses nicht für nötig. Man will Zeit gewinnen!

Wie stehen die Arbeiterorganisationen zum Streik?

Die freien Gewerkschaften

lehnen den Streik ab und lassen die jungen Genossen, die so mutig um ihre Menschenrechte in den Kampf getreten sind, was manchem ein Vorbild sein könnte, schmählich im Stich.

Die SPD

drückt sich um klare, eindeutige Stellungnahme herum, die „Volksstimme" schreibt etwas zugunsten der Streikenden, aber vorsichtig, und läßt sich jedes Hintertürchen offen.

Die KPD

unterstützt den Streik, versucht aber durch ihren jetzigen „geistigen" Führer Genossen Bender (aus Görlitz, z. Zt. Bunzlau) mit RGO-Politik im Trüben zu fischen.

Die SAP

hat sich sofort entsprechend ihren Grundsätzen hinter die Streikenden gestellt und ihnen in einem besonderen Aufruf ihre Solidarität bekundet. Daß dies nicht nur leere Worte sind, beweist die wirkliche materielle Unterstützung durch die SAP-Genossen. Die Partei steht mit ihrer ganzen Organisation geschlossen hinter den Streikenden. Sie hat aufgerufen, nicht nachzulassen im Kampf, sondern diesen unter allen Umständen durchzuführen bis zum vollen Erfolg.

Die jungen Genossen sind bereit, auch wenn ihnen der letzte Pfennig Unterstützung entzogen werden sollte, durchzuhalten.

Wir wünschen der jungen Kämpferschar, deren Geschlossenheit und Kampfeswillen wir begrüßen und bewundern, restlosen Erfolg, damit sie den alten Genossen ein Beispiel geben, wie gekämpft, wird auch unter Opfern.

An die jungen Genossen geht unser Ruf: Schließt euch der revolutionären Arbeiterbewegung an, damit ihr Anschluß und Rückhalt habt im Kampf. Hinein in den Sozialistischen Jugendverband, hinein in die SAP!

Mutter mordet ihr Kind

Ein verständiges Urteil der Richter

Auf der Anklagebank sitzt ein 23jähriges Mädchen, die unter keiner geringeren Anklage steht, als einen Mord an ihrem eigenen Kinde verübt zu haben. Sie sieht älter aus, als sie ist, und ihr Gesicht verrät keine sonderliche Intelligenz. Und merkwürdig genug erscheinen die Beweggründe, die sie zu ihrer Tat veranlaßt haben. Als sie sich zur Tat entschloß, am 18. Dezember vorigen Jahres, waren bereits neun Wochen vergangen, seit sie das Kind ausgetragen hatte. Aber niemand hatte ihr diese Geburt verargt, sie konnte das Kind auch ernähren, hatte selbst ein Dach über dem Kopf und außerdem die Gewißheit, daß ihr Verlobter, der Vater des Kindes, sie im nächsten Monat heiraten würde.

Als Beweggrund zu ihrer Tat gibt sie selbst an, sich eine Aeußerung ihres Stiefbruders, zu dem sie zurück wollte und der ihr die frühere elterliche Wohnung verweigerte, weil er die Wohnung selbst nicht mehr halten konnte, so zu Herzen genommen zu haben, daß sie sich selbst und das Kind zu töten entschloß. Schnell war eine Schlinge aus einer Windel geknüpft, um den Hals des Kindes gelegt und so fest zusammengezogen, daß das Kind lautlos erstickte. Von dem Selbstmord ließ sie ab. Zwar war sie schon am Fenster ihrer Wohnung, um sich aus dem vierten Stock herauszustürzen, da meinte sie die Stimme ihres verstorbenen Vaters aus dem Jenseits gehört zu haben, die ihr zu bleiben befahl.

Was hat sie also wirklich zu ihrer grausigen Tat veranlaßt? Darauf gibt uns nur ein Blick auf ihre Herkunft Aufschluß. Sie ist eine von neun Geschwistern; ihr Vater, Epileptiker in den letzten Jahren seines Lebens und ein furchtbar eifersüchtiger Mensch, ist nicht weniger als viermal verheiratet gewesen. Eine Schwester krankte an Tuberkulose, eine zweite litt unter hysterischen Anfällen. Und sie selbst erbte vom Vater eine durchaus krankhafte Veranlagung, die sie harmlose Aeußerungen gleich bitter ernst nehmen und zu solchen Handlungen hinreißen ließ. Das Gutachten des Arztes, der sie in der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Brieg beobachtete, wohin sie in der Zeit nach dem Mord eingeliefert worden ist, spricht von einem leichten bis mittleren Grad von Debilität (Schwachsinn) und einer ausgesprochen psychopathischen Geistes- und Seelenverfassung. Und besonderer Art ist auch ihr Lebenslauf. Vom elften Lebensjahr an besuchte sie nicht mehr die Schule, weil sie die Leute, bei denen sie wohnte, nicht mehr zur Schularbeit kommen ließen. In den ersten Lebensstellungen erschien sie sehr untauglich und soll auch nach den Angaben ihrer Angehörigen wenig selbständig und anstellig beim Arbeiten gewesen sein.

Der Staatsanwalt und das Gericht trugen diesem besonderen Fall in anerkennenswerter Weise Rechnung. Und das Urteil lautete lediglich auf 1 Jahr Gefängnis mit 3jähriger Bewährungsfrist, nachdem schon Staatsanwalt Nugel in einem von menschlichem Verständnis getragenen Plädoyer mildernde Umstände und Strafaussetzung unter gewissen Voraussetzungen beantragt hatte. Ein unglücklicher Mensch, den erbliche Veranlagung und seelische Not zu einer gesetzwidrigen Tat hinrissen, hat hier wenigstens einmal ein menschlich verständnisvolles und gerechtes Gericht gefunden.

E. K.

Der höfliche Einbrecher

Der Überfall auf den Kinokassentransport des „Capitols" — Die Kassiber verraten alles

Vor dem Breslauer Schwurgericht kam jetzt der Ueberfall auf den Kinokassentransport des „Capitols" zur Verhandlung, der am 16. Oktober vorigen Jahres von dem 25jährigen Bergarbeiter Stephan R. und zwei Komplizen vorgenommen wurde. Der Angeklagte R., ein typischer Berufsverbrecher, hatte sich außerdem noch wegen eines nächtlichen Einbruchsdiebstahls in ein Haus auf der Moritzstraße zu verantworten.

R., der mit großer Sicherheit aussagte und mehrfach geschickt zu seiner Verteidigung in die Verhandlung eingriff, stellte in allem einen sehr höflichen Vertreter seines Standes dar, der sich bei seinem nächtlichen Gewerbe nach Möglichkeit der gesellschaftlichen Formen befleißigte. So hat R., der als „Nachtgespenst" in Breslau bereits seinen Namen hat, auch bei dem mißglückten Einbruch in der Moritzstraße, bei dem er in das Haus einer Dame einstieg, durchaus die Formen der Höflichkeit gewahrt und beruhigend auf die aufgewachte Dame eingesprochen, als er von einem Schließbeamten plötzlich überrascht wurde. R. wurde dabei von dem Beamten, den er mit dem Revolver bedroht hatte, durch einen Schuß in den Fuß verletzt. Ueberhaupt bemühte sich R., seine Pistole, die er bei allen Gelegenheiten gebrauchte, nur als Schreckmittel zu verwenden und, wenn irgend möglich, in die Luft zu schießen. Seine Einbrüche gesteht er, einmal ertappt, freimütig zu, aber seine Höflichkeit macht doch dem Gericht einiges Kopfzerbrechen, da er sogar so weit geht, seine Komplizen völlig zu entlasten und alles auf seine Kappe zu nehmen, damit diesen nur ja nichts passiere.

Die sind jedoch nicht so gescheite Burschen wie er. Herauszubekommen ist freilich auch aus ihnen nichts. Dennoch können sie nicht nur auf Grund ihrer polizeilichen Aussagen überführt werden, sondern auch durch einen umfangreichen Kassiberverkehr, dessen Inhalt dem Gericht durch ihren Vermittler in die Hände gespielt wurde. Aus diesem Kassiberverkehr geht die Mittäterschaft der beiden Komplizen W. und K.,

die Geldmangel und Arbeitslosigkeit zu ihrem Tun veranlaßten,

klar hervor. Der Staatsanwalt Dr. Reif beantragte daher gegen R. wegen vollendeten und versuchten Raubes, wegen versuchten Totschlages, Vergehens gegen das Schußwaffengesetz und Paßvergehens, unter Einbeziehung einer schon verhängten dreieinhalbjährigen Zuchthausstrafe, zu insgesamt zwölf Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, gegen den an dem Einbruchsdiebstahl in der Moritzstraße und die beiden an dem Raubüberfall auf den Kassentransport beteiligten Komplizen W. und K. Strafen in Höhe von zehn Monaten bis anderthalb Jahren Gefängnis.

Das Gericht erkannte unter Einbeziehung der dreieinhalbjährigen, schon erkannten Zuchthausstrafe gegen R. auf insgesamt neun Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, gegen die übrigen Strafen von zehn Monaten und einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

E. K.

Ein ungeheuerliches Urteil

1 Jahr Zuchthaus wegen einer Lappalie

Das Gleiwitzer Sondergericht hat drei Arbeiter und eine Arbeiterin zu je einem Jahr Zuchthaus verurteilt, weil sie in ihrer Not nicht ohne weiteres ihre Behausung räumen wollten. Wir werden auf dieses ungeheuerliche Urteil noch näher eingehen.

Monstreprozeß in Oppeln

Vor dem hiesigen Schöffengericht wird im nächsten Monat ein Riesenprozeß verhandelt werden, bei dem sich rund 150 Angeklagte wegen Unfallversicherungsbetrug zu verantworten haben werden. Unter den Angeklagten befinden sich auch der praktische Arzt Dr. Kluger aus Karlsruhe, ein Heilkundiger und ein Versicherungsagent, denen Beihilfe zu den Versicherungsbetrügereien zur Last gelegt wird. Bei den Betrügereien handelt es sich um eine Zeitschrift mit Unfallversicherung. Um die Unfallprämien zu erhalten, waren in zahlreichen Fällen Unfälle vorgetäuscht und die Zeit der Krankheit ärztlich bescheinigt worden. Selbst hervorgerufene Wunden wurden durch eine Salbe vielfach verschlimmert und so der Heilungsprozeß hinausgezogen.

Parteigenossinnen und Genossen!

Zum fünftenmal in diesem Jahre müssen wir zum Wahlkampf rüsten. Uns stehen nicht zur Verfügung Hilfskräfte und Spenden von anderen Organisationen. Auch bei diesem neuen Kampfe müssen wir an unsere Mitglieder herantreten. Die Parteimitgliedschaft hat in ihrer großen Mehrheit beschlossen, diesen Wahlkampf aktiv durchzuführen, nicht etwa aus der Ueberzeugung, daß Wahlkämpfe zurzeit irgendwelche große Bedeutung für die Arbeiterschaft haben, sondern von der Erkenntnis getragen, daß jede politische Aktion von uns ausgewertet werden muß, um unsere politische Auffassung unter den Massen zu verbreiten, und um die Gelegenheit zu benützen, in breitester Oeffentlichkeit zu zeigen, wohin die politische Führung der anderen Parteien die deutsche Arbeiterschaft gebracht hat.

Um die notwendigen Mittel aufzubringen, müssen in diesem Monat alle Genossen und Genossinnen noch einmal ein besonderes Opfer für die Partei bringen. Für den Monat Oktober sind die doppelten Beiträge zu zahlen. Wir hoffen, daß ihr Euren Kassierern, die in dieser Zeit ein besonders schweres Amt haben, keine Schwierigkeiten machen werdet. Wir verlangen nur von Euch, was wir im Interesse des Proletariats, im Interesse unserer Partei von Euch verlangen müssen. Wir haben von Euch den Auftrag, den Wahlkampf zu führen, Ihr werdet uns nach Euren besten Kräften dabei behilflich sein.

Der Parteivorstand.

Der Briefträgermord aufgeklärt

Neumarkt, 11. Oktober.

Der am 1. Oktober d. J. bei Kobelnick (Kreis Neumarkt) verübte Mord an dem Landbriefträger Barm ist aufgeklärt worden. Unter dringendem Tatverdacht waren von der Mordkommission des Polizeipräsidiums Breslau die Brüder Paul und Heinrich Franz aus Schlaupe (Kreis Neumarkt) festgenommen worden. Am Montag in den späten Abendstunden hat Paul Franz ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er hat Barm auf etwa 50 Meter Entfernung aus einem Hinterhalt im Walde mit einem Militärgewehr erschossen. Er will aus Rache gehandelt haben, da er vor drei oder vier Jahren mit Barm eine ernsthafte Auseinandersetzung gehabt habe, wobei ihn dieser mit einer Sense bedroht habe. Seit diesem Zeitpunkt sei er dem Barm feindlich gesinnt gewesen und habe darauf gesonnen, an ihm Rache zu nehmen. Heinrich Franz ist wegen Verdachts der Begünstigung festgenommen worden.

Das Geständnis des Mörders

Die gleichzeitig von einem verstärkten Kommando von Kriminal- und Landjägereibeamten durchgeführte Haussuchung bei den Eltern der Brüder Franz in Schlaupe hatte eine ganze Menge belastenden Materials aus verschiedenen Straftaten zutage gefördert. Außer einem Militärgewehr, zugehöriger Munition und leeren Patronenhülsen wurden weitere Waffenteile, kleinkalibrige Patronen, Sprengkapseln, Fischereigeräte, Rehgehörne u. a. gefunden. Ebenso wurden mehrere Säcke aufgefunden, die mit dem am Tatort aufgefundenen Sack nicht nur völlig übereinstimmen, sondern sogar mit demselben Stopfmaterial ausgebessert sind, wie der am Tatort aufgefundene Sack.

Auf Grund des erdrückenden Beweismaterials legte Paul Franz schließlich ein Geständnis ab. Er erklärte u. a., er sei am 30. September an einen kleinen Waldteich in der Nähe des Kobelnicker Friedhofs — in nächster Nähe des Tatortes — gekommen, um dort sein angeblich gegen Pfingsten gestohlenes Paddelboot zu suchen. Als er abends zu Hause war, sei ihm der Gedanke gekommen, daß diese Stelle geeignet wäre, um dort seinen Racheplan durchzuführen. Während der folgenden Nacht habe er aus der Scheune ein Infanteriegewehr geholt, das er im Herbst vorigen Jahres dort gefunden haben und über dessen Herkunft er nichts wissen will. Er packte es in einen Sack und brachte es in den Wald. Am nächsten Tage gegen Mittag habe er sich unauffällig von der Besitzung seiner Eltern entfernt und sich an den Tatort begeben. Zwei Tage nach der Tat habe er das Gewehr aus einem Versteck im Walde geholt und es zu Hause in einem Stapel getrockneter Weidenruten verborgen. Hier wurde es am Montag abend gefunden. Die Angaben des Täters werden zur Zeit von der Mordkommission eingehend nachgeprüft.

Ein Todesopfer der spinalen Kinderlähmung

Neurode, 11. Oktober.

Der fünfjährige Sohn des Landwirts Czech aus Beuthengrund ist an spinaler Kinderlähmung gestorben.

*

Wie war es doch? Man hatte uns auf den Oktober vertröstet, und jetzt läuft mit grausamer Regelmäßigkeit eine Meldung nach der anderen über Todesopfer ein.

„Organisation wichtiger als Geist!“

Zum Thema: Partei und Apparat

Der vor einiger Zeit von uns zitierte Artikel aus der linksgerichteten Zeitschrift „Das Tagebuch“ unter dem Titel „Schluß mit Wels und Co.“ hat es offenbar dem Breslauer SPD-Genossen Walter Ludwig angetan. Er hat sich sofort nach eingehender Lektüre des Aufsatzes hingesetzt und eine 76 Zeilen umfassende, „grundlegende“ Abhandlung über Partei und Apparat an das unter der glorreichen Redaktion von Heilmann stehende „Freie Wort“ gesandt; mit dem Erfolg, daß sein Geistesprodukt in der letzten Nummer den staunenden Zeitgenossen mitgeteilt wird. Gemünzt ist der Erguß auf die dreimal gekreuzigten Sappisten.

Es wird von Ludwig festgestellt, daß jede Organisation ein gewisses Maß von Bürokratie bedingt und daraus ein gewisses Beharrungsvermögen erwächst, worin er „unzweifelhaft eine Gefahr“ erblickt. Er sagt sogar: „Wir werden auch in der Partei diese Gefahr im Auge behalten müssen und jede Kritik nach dieser Seite, sofern sie von aktiven und erfahrenen Genossen und nicht von schwatzhaften Außenseitern kommt, beachten.“ Nach dieser Argumentation kommt es also weniger darauf an, was die Kritik, sondern wer sie sagt. Seltsamer Eiertanz! Diese Argumentation mutet besonders komisch an, nachdem vorher die Rede von den disziplinlosen SAP-Meuterern war, die im Vorjahr ihren Rauswurf aus der SPD auf den „diktatorischen Parteiapparat“ zurückgeführt hätten. Genosse Ludwig, waren das denn keine „aktiven und erfahrenen Genossen?“ Oder was versteht man denn dann unter „aktiv und erfahren“, wenn das langjährige Reichstagsabgeordnete und Redakteure, nach Deiner Argumentation, nicht sind?

Besonders reizvoll erscheinen übrigens diese Auffassungen des Genossen Ludwig, wenn man seinen politischen Werdegang etwas näher kennt. Ludwig gehörte bis zum Tage der Spaltung zur Opposition innerhalb der SPD, er wurde von dieser Opposition vor dem Ausschluß aus der SPD bewahrt, der ihm seinerzeit drohte, weil er Rußlanddelegierter gewesen war, und er hat schließlich seinen Posten als Redakteur der Breslauer „Volkswacht“ einzig und allein eben dieser Opposition zu verdanken. Als es dann brenzlig wurde, zog er diesen einträglichen Posten der Treue gegenüber seinen politischen Freunden vor — und weil er nun selbst ein Verräter an der Idee ist, muß er um so lauter gegen die schreien, die der Idee treu geblieben sind. Wahrlich, ein geeigneter Mitarbeiter für Heilmanns „Freies Wort“ und der gegebene Vorkämpfer für sozialdemokratische Parteidisziplin!

Nach Ls Meinung ist „in Zeiten schwerster Kämpfe . . . eine gut funktionierende Organisation entscheidender als die geistige Elastizität der Bewegung“. Sehr gut gesagt! Die gut funktionierende Organisation ist offenbar in der SPD geschaffen worden, das wird nicht bestritten. Aber, aber, „die geistige Elastizität“, da haperts, mein Lieber. Der Apparat hat sich verselbständigt und schlägt los gegen jeden, der es wagt, seine Selbständigkeit mit allem Ernste zu beschneiden. Es kann deshalb zu keiner inneren Erneuerung in der SPD kommen.

Das politische Entscheidungs- und Mitbestimmungsrecht der Mitgliedschaft hielt L. offenbar für ein Phantom, denn er schreibt: „Ein treffliches Beispiel haben wir am Werden und Vergehen der SAP erlebt. Nach einem Idealstatut wurden den Mitgliedern alle Freiheiten gegeben. Aber aus dieser Willensfreiheit wurde bald eine unerträgliche Nörgelfreiheit, und binnen kurzem hatte die Splitterpartei mehr Richtungen, als die größte Partei vertragen könnte. So mußte man zu drakonischen Maßnahmen gegen die allzu selbständigen Mitglieder greifen, und das erste Stiftungsfest im Verein war gleichzeitig die Liquidation der jammervollsten Erscheinung der deutschen Arbeiterbewegung.“ Gut gebrüllt, Löwe! Tot, toter, am totesten, daß ist der Schlachtruf mit dem wir von der SPD bekämpft werden. Das ist zwar nicht gerade ein politisches Argument, aber was soll man weiter machen. Denn politisch mit uns zu diskutieren, d. h. also wirklich beachtliche Argumente gegen unsere politischen Auffassungen zu bringen, heißt eben, sich auf eine Linie begeben, wo man den Kürzeren ziehen muß. Deshalb die einfache Formel: Tot, toter, am totesten. Doch mit solchen Mätzchen ist eine politische Bewegung nicht erfolgreich zu bekämpfen, die den großen Vorzug hat, genügend „geistige Elastizität“ zu besitzen und diese mit einer gut funktionierenden Organisationsform zu verbinden weiß.

Und was den kommenden Wahlsieg betrifft, den L. der SPD schon jetzt prophezeit, so geben wir dem Genossen L. den Rat, die Diskussion darüber lieber auf den 7. November zu vertagen. Es wird besser für ihn sein!

Nachspiel zum Prozeß Röntgenstraße

Kaum ist der Röntgenstraßenprozeß zu Ende, so hat schon vor der gleichen Kammer, wieder unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Tolk, ein Sondergerichtsprozeß begonnen, dessen Urheberschaft die eben beendete Verhandlung gegen die angeblichen Schützen aus der Röntgenstraße gewesen ist.

Am 20. September, dem Tage des Prozesses in der Röntgenstraße, kam es zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, die auf dem Wege vom Moabiter Gerichtsgebäude die Linden passierten, zu einer erheblichen Schlägerei, in deren Verlauf zwei kommunistische Arbeiter, der 22jährige Karl Jakob und der erst 16 Jahre alte Willy Jahnke wegen Gewalttätigkeit verhaftet wurden. Der kleine Jahnke soll bei der sich entspinnenden Schlägerei mit einem Koppel um sich geschlagen haben. Jakob bestreitet, irgendwie geprügelt zu haben, und sagt, daß er lediglich einen Mann, der von 15 Nationalsozialisten gedroschen wurde, zu befreien versuchte und bei diesem Hilfswerk selbst sehr übel bedacht wurde. Als er blutend und getreten am Boden lag, kam nunmehr die Polizei, befreite ihn wohl, verhaftete ihn allerdings auch. Jahnke will auch nichts Böses getan haben, sondern in dem sich entspinnenden Krawall lediglich mit dem Riemen um sich geschlagen haben, um etwas Luft zu bekommen. Verletzt hat er jedoch niemand.

Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte Staatsanwaltschaftsrat Mittelbach gegen die Angeklagten Jakob und den jugendlichen Jahnke wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung eine Zuchthausstrafe von einem Jahr, vier Monaten bezw. von zehn Monaten Gefängnis.

Das Sondergericht sprach Jakob und Jahnke von der Anklage des schweren Landfriedensbruches und der gemeinschaftlichen gefährlichen Körperverletzung frei. In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsdirektor Tolk aus, daß beide Angeklagte in Notwehr gehandelt hätten.

Auch diesmal waren nach den einheitlichen Aussagen fast sämtlicher nicht nationalsozialistischer Zeugen die uniformierten Nazis die eigentlichen Angreifer. Die Angeklagten waren von der anderen Seite herbeigeeilt, um den Angegriffenen beizustehen. Die Angreifer hatten es aber verstanden, den Polizeibeamten etwas vorzumachen, den Spieß umzudrehen, die Unschuldslämmer zu spielen und auf diese Weise zu erreichen, daß ihr bereits zwangsgestellter Kamerad befreit.

---

2 Morgenfeiern der PKG

am Sonntag, den 23. Oktober, 10 Uhr, im Zentralkino, Westendstr., und 10.30 Uhr im Promenadentheater, Ohlauer Stadtgraben, am Dominikanerplatz, mit dem Tonfilm „Wer nimmt die Liebe ernst“. Eintritt im Vorverkauf: für Erwerbslose 20 Pfg., für Verdiener, reserviert, 30 Pf.; an der Kasse 10 Pf. teurer.

Die Berliner Presse schreibt über den Tonfilm „Wer nimmt die Liebe ernst“: „Der Film sprüht von Einfällen und Ueberraschungseffekten, das Publikum kommt aus dem Lachen nicht heraus. . . . Minutenlanger Beifall dankte für einen der saubersten und lustigsten deutschen Tonfilme.“

Kartenausgabe für die Morgenfeiern Donnerstag und Freitag ab 16 Uhr, im Sekretariat.

Kleine Sportnachrichten

Arbeiter-Athleten, 1. Bezirk. Sbd., 15. 10., 20 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Hiedler, Schweizerstraße 10. Alle Vereinsvorsitzenden, Techniker und Kassierer haben zu erscheinen.

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien: Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3 Telefon 567 68.

SAP Orts. Freitag, 14. 10., 20 Uhr, im Volkshaus wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Reichstagswahl; 2. Kinderfreundebewegung, Ref. Gen. Gebert, Breslau; 3. Besprechung der Jahrfeier. 4. Kassenbericht. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, pünktlich zu erscheinen.

Freidenkerjugend Breslau, Zentral: Wir gehen heut, 20 Uhr, zu einem Gruppenabend im Heim Friedrich-Wilhelm-Str. 45, bei dem Gen. K. Kramer, Leipzig, eine Arbeitsgemeinschaft durchführt mit dem Thema: „Marxisten“ im Kampf gegen Lenin. Gäste willkommen.

Sozialistische Arbeiterhilfe

Freimilch. Da bei der Verteilung der Milch durch die Sozialistische Arbeiterhilfe Zweifel über die Lieferung entstanden sind, geben wir hiermit nochmals bekannt, daß die Milch nur von den Wagen der Breslauer Molkerei bezogen werden kann. Die zweite Ausgabe beginnt am 17. d. Mts.

Achtung Jugendpfleger! Das Jugendgefängnis kann an einem Wochentage, der noch bekanntgegeben wird, durch die SAZ. von in der Jugendpflege tätigen Genossinnen und Genossen besichtigt werden. Um die Zahl der Besucher festzustellen, bitten wir die Genossen, welche daran teilnehmen wollen, unter Vorweis ihres amtlichen Ausweises ihre volle Adresse bis zum 18. d. Mts. im Büro abzugeben.

Abt. Gefangenenfürsorge. Quittung: Eingegangen sind: Sammlung bei der Jahresfeier 24,50 Mk., Sammelliste 63 (6.— Mk.), Liste 71 (.— Mk.), Liste 23 (2,30 Mk.).

Sonnabend, den 15. 10., 20 Uhr, beteiligen wir uns an der Veranstaltung der IHV in der Monistischen Gemeinde. Thema: Kampf den Sondergerichten.

Achtung, Vorstandsmitglieder der SAH! Freitag findet eine wichtige Vorstandssitzung statt. Alles muß erscheinen.

Erziehungsberatung: Auskunft Montag, Heim Seydlitzstr. 1, von 18—19.30 Uhr.

Hauspflege: Auskunft Dienstag und Freitag von 19—20 Uhr im Büro Kl. Holzstr. 3.

Genossinnen und Genossen! Übt Solidarität! Kauft die Karten der Sozialistischen Arbeiterhilfe. Zeichnet auf die Listen für die politischen Gefangenen!

Geschäftliches

„Teils dieserhalb, teils außerdem“ sagt Wilh. Busch. Jede Wirkung hat ihre Ursache. Wollen Sie die Coffeinwirkung meiden, dann muß logischerweise die Ursache, das Coffein, entfernt werden. Trinken Sie also Kaffee Hag den coffeinfreien Kaffee Hag. Teils dieserhalb, teils außerdem, d. h. 1. weil er völlig unschädlich ist, 2. so vorzüglich schmeckt, 3. nicht teurer ist.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau, Inserate. Herbert Scholz Breslau. **Verlag:** „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau. Lohndruck Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0,16 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
Expedition: Breslau Kleine Holzstraße 3 1 Treppe. Telephon 206 02

STADTTHEATER
Mittwoch, 20—22.30 Abonn.-Vorst. F 3
Die Bohème
Donnerstag, 19.30—gegen 23 Reichsdeutsche Uraufführung
Der Teufelsreiter
Freitag, 20—gegen 23 Abonn.-Vorst. C 4
Der fliegende Holländer

Besucht das „Proleton“ Arbeiter-Sport-Kartell

LOBETHEATER
Heute 20.15—22.40 Uhr
Die endlose Straße
Sonnabend 20.15 Uraufführung!
Sigismund
Schauspiel von Julius Hay

GERHART-HAUPTMANN-THEATER
Täglich 20.15—22 Uhr
Der Tiefstapler
Sonnabend 20.15 Zum 1. Male!
Meine Schwester und ich
Musikalisches Lustspiel von Berr u. Verneuil
Musik von Ralph Benatzky

KAFFEE HAG
der coffeinfreie Bohnenkaffee
Stets frisch zu haben bei:
KURT REICHERT
Kolonialwaren
Steinauer Straße 20, Ecke Leuthenstraße

Jeder Genosse, jede Genossin!
Wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

Berlin
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weichsel 2422
Donnerstag, 13. Oktober 8.15 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Die Einheitsfront
SPD.-, SAP.- und KPD.-Genossen sind sich darüber einig, daß

DIE ENTE
die beste und billigste politisch-satirische Wochenschrift ist.
Sie erscheint jeden Donnerstag!
Preis 10 Pfennig
Bei allen Zeitungshändlern erhältlich — Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstraße 7

Wo decke ich meinen Bedarf?

ONLAUER TOR
PAUL RUDOLPH
Brüderstraße 45 Ecke Palmstraße
Edeka-Laden / Kolonialwaren / Weine / Spirituosen
Josef Thomas
Inh.: Johannes Heisig / Mauritiusplatz 1/2
Edeka-Geschäft :: Kolonialwaren :: Feinkost
Beachtet unsere Inserate
Bruno Sarembe
Kolonialwaren, Mühlenfabrikate, Spirituosen
Vorwerkstraße 75, Ecke Löbestraße
Paul Scholz Kolonialwaren
Klosterstr. 135
Joh. Hammerling
Grünstraße 15, Ecke Palmstr.
Edeka-Geschäft / Kolonialwaren / Weine / Spirituosen

SÜD U. SÜDWEST
Kolonialwaren • Spirituosen • Zigarren
Karl Kirchner
Edeka-Geschäft — Brandenburgerstraße 21
Kauft Lacke, Farben nur beim Fachmann
! Erich Hoffmann
jetzt Bohrauerstraße 38
Telefon 35299
W. Krieger
Steinstraße 91 Telefon 30639
Kolonialwaren :-: Delikatessen
Kolonialwaren — Spirituosen
Edeka-Geschäft Martin Fleischer, Augustastraße 80.
R. & E. Horvay
Hauptgeschäft Hohenzollernstr. 59 Filiale Grabschenerstr. 52, Ecke Hellmichstr.
Kolonialwaren
9% Rabatt auf sämtlichen Waren 9%
Roon-Drogerie Inhaber: Karl Hubrich
Foto Farben / Drogen Grabschener Str. 215
Erich Langner
Kohlenhandlung
Augustastraße 25 - Fernsprecher 851 60

TSCHANSCH
Malguth's Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei, Konditorei
Karl-Marxstraße 39.
Gasthaus zum Rothkretscham
Inh. Walter Thiel
Ofener Straße 127
Beliebtes Familienlokal mit Garten
Hermann Schölzel
Fahrräder / Motorräder / Reparatur-Werkstatt
Klein-Tschansch Karl-Marx-Str. 33
Erich Freitag
Karl-Marx-Str. 38
Edeka-Geschäft • Kolonialwaren
Spirituosen • Weine
Tabake • 8%

Genossen und Genossinnen!
Welcher Geschäftsmann legt Wert auf Eure Kundschaft und Euer Geld?
Nur der, der bei uns inseriert,
deshalb kauft nur bei unseren Inserenten!

Erdbeben über Erdbeben

Schilderung des Erdbebens auf Chalkidike — Neue Erdstöße — Was sagen die Erdbebenforscher?

Auf der Halbinsel Chalkidike sind neue Erdstöße gemeldet worden. Wir bringen eine Schilderung des Korrespondenten einer großen Berliner bürgerlichen Zeitung über das Erdbeben in Chalkidike, das unzählige Todesopfer gefordert hat. Besonders interessant ist der letzte Abschnitt in dem der südslavische Professor Mihailowitsch zu Worte kommt.

Welch unheimliches Zusammentreffen. Die Athener Geologen, Vulkanologen, Erdbebenforscher rechneten in der tragischen Nacht vom 26. auf den 27. September nach dem Ausschlagen der Nadel des Seismographen aus, daß das Nest, das Epizentrum der schweren Erdbebenkatastrophe, von der Griechenland soeben betroffen war, in strikt nördlicher Richtung und zwar dreihundertdreißig Kilometer von Athen entfernt liege. Auf einem wurmartigen, sechzig Kilometer langen Fortsatz der Halbinsel Chalkidike, der den Namen „Kassandra" trägt.

Und gerade hier nun, auf einem der knöchernen Ausläufer der Halbinsel Chalkidike tobten sich die Elemente wieder einmal aus. Nichts Neues übrigens das hier. Noch im Jahre 1923, am 5. Dezember, hatte es hier getobt, und die Elemente waren damals nicht schonungsvoller gewesen als heute. Die Schuld trägt wohl jener Vulkan, der genau im Zentrum der immergrünen Kassandra sich erhebt und in dessen Krateröffnung ein vierzig Quadratmeter großer See namens Mavrobara eingenistet liegt.

Es war am Abend des 26. September. Auf der gebirgigen, weltfernen Halbinsel Chalkidike herrschte Ruhe. Absolute Ruhe. Die Bevölkerung, zumeist arme Bauern, hatte sich schon niedergelegt. Sie war müde von der harten Tagesarbeit in diesen marmorsteinigen Gefilden.

Da war auf einmal ein Leuchten in der Luft, das die Augen blind zu machen drohte. Und zu gleicher Zeit begann die Erde sich zu bewegen. Den müden Schläfern deuchte das im Traum wie ein Tanz. Nur einer von ihnen war aufgesprungen, schreckenbleichen Gesichts. Ein langhaariger, schwarzbärtiger prawoslawischer Pope. Der rannte über den schütteinden Boden hin zum Glockenturm und zog keuchend den Glockenstrang. Und in der tödlich stillen Nacht klang alarmierend vom Gebirge herab das Geläut des kleinen Glöckchens. In die Täler hinein.

Sekunden nur hatte das gedauert. Die Schläfer erwachten jäh vom ungewohnten Nachtlärm, strichen sich wirr über die Augen, fühlten die lebendig gewordene Erde unter sich, begriffen und stürzten aus dem Haus hinaus ins Freie. So, wie sie geschlafen hatten. Taumelten, stürzten vorwärts, keuchten und schrien irgend etwas. Schrien, um das dumpfe Grollen tief drinnen im krank gewordenen Erdenleib zu überschreien . . .

Und dann, wenige Sekunden später, genau um 21 Uhr 30 Minuten kam der große Schlag. Er riß an den Menschenleibern, riß am Menschengebein, riß mit einem kurzen Schlag den Menschen nach vorne oder nach rückwärts, oder zur Seite. Dann krachte es im Gebälk dieser winzig kleinen armseligen Häuser.

Das langgestreckte Dach lockerte sich und stürzte in die Bauernstuben hinein. Und dann lockerten sich auch die Steinmauern dieser Häuser, gaben nach und fielen in sich zu einem platten Haufen zusammen. Das war hier so, es war dort beim Nachbarn so, und so war es die ganze Dorfgasse entlang. Alle Häuser stürzten mit einem Schlag zusammen.

Wo vor dreißig Sekunden noch friedliches Träumen war, wo ein paar hundert schwielige Bauerhände sich in jahrzehntelangem Ringen so etwas wie ein grünendes Dasein erarbeitet hatten, da war wiederum Wüste . . .

Das erste Erdtoben war vorüber. Neunundfünfzig Sekunden hatte es gedauert. Der Uhr nach. Nicht dem Erleben nach. Da waren es neunundfünfzig Minuten gewesen. Die Elemente hielten jetzt Ruhe. Aber nun schrien die Frauen, heulten die Kinder, rasten die Männer, den Kopf in den Händen, schreckensbleich von Trümmerhaufen zu Trümmerhaufen. Sie stürzten zu Boden, erhoben sich, rasten weiter und stürzten wieder nieder. Hunde winselten toderschreckt in die tieffinstere Nacht hinein. Das Vieh brüllte. Aber auch die Trümmerhaufen wurden lebendig. Es wehklagte aus ihnen. Stöhnte, jammerte in unheimlichen Varianten. Finsternis, bleierne Finsternis über dem allen. Kein einziger Lichtfunken in diesem Nachtchaos. Nicht von einem einzigen Kerzenstummel. Männerhände, Frauenhände scharrten kaltschweißbedeckt in den Trümmern, schrien dabei, jammerten, lösten Steinblöcke und Steinhaufen, zogen Menschenkörper hervor, tasteten sie ab, schrien fiebernd auf sie ein. Erkannten dann, daß sie am falschen Orte nach den Ihren gesucht, gescharrt, gegraben hatten. Liefen laut jammernd, keuchend davon, suchten im Chaos weiter nach der Stelle, wo sie einst friedlich lebten. Fanden sie nicht in der lastenden Finsternis

Es gab keine Gassen mehr, keine Häuserzeilen, keine Richtung . . Und dann neue Schläge, neues Grollen aus der Tiefe herauf. Jetzt stürzte auch der Glockenturm in sich zusammen.

Tote über Tote, Verwundete über Verwundete. Hunderte an der Zahl

Es war schwer, die Zentralbehörden zu verständigen. Die Telegraphen- und Telephonleitungen waren alle abgerissen. Aber das schaurige Geschehen hatte sich ja fühl- und hörbar genug der Welt verkündet. Bis hinauf nach Belgrad.

Die mazedonische Gendarmerie griff ein, und dann erschienen bald auch Soldaten und Pioniere. Es war harte, grausige Arbeit zu leisten. Es galt zweihundert Tote und fünfhundert Verletzte zu bergen, und es galt den Obdachlosen, die sich auf Zehntausend belaufen, wieder ein Dach über den Kopf zu bringen. Noch notwendiger und schwieriger aber war die Verpflegung dieser Obdachlosen. Da bei der Katastrophe auch alle Eßvorräte verschüttet worden waren, hungerte die Bevölkerung. Was machen? Die schwierigen Verkehrsverhältnisse auf der Halbinsel, dazu auch die Unterbrechung aller Telephone und Telegraphen machten eine Versorgung aus der Insel heraus unmöglich oder doch sehr schwierig. So beorderte man Schiffe. Als erstes traf das griechische Torpedoboot „Pergamos" ein. Die englische Mittelmeerflotte, die vor einigen Jahren schon bei Korinth werktätig eingegriffen hatte, zeigte ihr Eintreffen an. Die griechische Regierung griff so tief als möglich in den leeren Säckel. Aber was sind schon zwei Millionen Drachmen, wenn zehntausend Bauernhäuser eingestürzt sind! Sechzigtausend Mark!

Ja, und nun hatten die Herren Wissenschaftler das Wort. Aber die wissen nur zu genau, daß sie gegenüber entfesselten Elementen vorerst höchstens mathematisieren können. Im Belgrader Erdbebeninstitut, neben dem alten Friedhof, sitzt Jahr und Tag neben der Nadel des Seismographen der spitzbärtige Professor Jelenko Mihailowitsch und paßt scharf auf die Nadel auf. Er ist es auch, von dem man über jedes Erdbeben hier im Südosten die erste zuverlässige Auskunft erhält. Das war 1927 der Fall, 1928, 1931 und jetzt wiederum. Schon eine halbe Stunde nach dem Chalkidiker Unglück wußte er, was los war, und verständigte alle Behörden über Umfang und voraussichtliche Dauer des Erdbebens. Daß es sich wieder einmal um ein tektonisches Erdbeben mit horizontalen Ost-West-Schlägen handelte und daß es zum Thema des unterirdischen Einbruches der Ausläufer des Rhodopemassivs gehöre. „Sehen Sie", meinte er und zeigte auf den Papierstreifen am Apparat, „es ging schon um 20,22 los, dann Fortsetzung 21,09 — 21,18 — 21,23. Das war der katastrophale Schlag. Und dann schwächer wieder weiter bis zum nächsten Abend um fünf Uhr. Die armen Chalkidiker! Aber sie haben bei all dem Unglück doch immer noch, wenn dieses Wort überhaupt erlaubt ist, Glück gehabt. Denn auch diesmal kündigte sich, wie im vorigen Jahre, die Katastrophe durch ein paar harmlosere Vorschläge an. Sonst . . .! Aber die Geschichte da unten im Süden ist freilich noch lange nicht zu Ende. Es rumort ja in dieser Stunde noch immer. Doch wenn dieses Rumoren selbst auch eine Weile stocken würde, so muß trotzdem bald wieder mit neuem Unheil gerechnet werden. Das habe ich im vorigen Jahre ausgesprochen und ich tue es auch in diesem Jahre wieder. Nicht um Furcht und Schrecken einzujagen, sondern um zu vorsorglichen Maßnahmen anzuregen. Aus wirtschaftlichen, aber vor allem aus Menschlichkeitsgründen. Ich möchte gewiß nicht die Rolle einer Kassandra spielen. Doch kenne ich das seismische Temperament dieses Gebietes hier nur zu gut! Und das Epizentrum Kassandra ist ja leider nun einmal eine menschenmörderische Tatsache!

Grubenbrand in Transvaal

Johannisburg, 11. Oktober.

Bei einem Grubenbrand wurden 12 weiße und 45 eingeborene Bergarbeiter infolge Gasentwicklung getötet. Die Rettungsmannschaft hätte fast das gleiche Schicksal erlitten. Sie konnte jedoch noch rechtzeitig gerettet werden.

Die Meldung über die Todesopfer des Grubenunglücks hat sich nicht bestätigt. Wie jetzt mitgeteilt wird, gelang es der Hilfsmannschaft schließlich, die Bergarbeiter aus der Gefahrenzone zu schaffen. 30 der Geretteten, darunter 10 Europäer, mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

*

Beachtenswert an dieser Meldung ist, daß man sogar die toten Kumpel als Weiße und Eingeborene gesondert meldet. Die Mentalität des Rassengrößenwahnsinns der Weißen macht nicht einmal vor dem Tode halt.

Für uns sind sowohl die Weißen wie die Schwarzen unsere Leidensgefährten, Ausgebeutete, Entrechtete, die für den heiligen Profit ihr Leben lassen mußten.

Drei Tote bei einem Arbeitsunfall

Grenoble, 12. Oktober

Ein Arbeitsunfall hat hier drei Todesopfer gefordert. Drei Arbeiter, und zwar der Deutsche Ulmicher und zwei Oesterreicher, die bei den Wasserregulierungsarbeiten am Drac beschäftigt waren, wurden von einer mit Zement beladenen Laufkatze, deren Kabelführung riß und die daraufhin abstürzte, getötet.

Chikagoer Bankpräsident entführt

London, 11. Oktober.

Nach einer Meldung aus Chikago ist der Präsident der Security Bank und der Second Security Bank, Norman Collins, von Verbrechern entführt worden, die unter Todesdrohungen ein Lösegeld von 5000 Dollar verlangen. Ursprünglich war auch die Frau des Bankiers geraubt worden. Sie wurde aber wieder freigelassen mit der Aufforderung, das Lösegeld zu beschaffen.

Vortrag über Zola verboten!

Die Berliner Ortsgruppe des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller wollte dieser Tage aus Anlaß der 30. Wiederkehr von Zolas Todestag eine Versammlung mit dem Thema „Zola und die Gegenwart" veranstalten. Diese Versammlung wurde, nachdem bereits etwa 500 Versammlungsbesucher erschienen waren, in letzter Minute verboten. Als Grund des Verbotes gibt die Polizei an, daß die Versammlung politischen Charakter habe und also anmeldepflichtig sei. Die Ortsgruppe des Schutzverbandes erklärt dazu, man habe ihr bisher, wenn sie ihre Versammlungen anmelden wollte, bei der Polizei immer erklärt, daß die Anmeldung überflüssig sei. Das jetzige Versammlungsverbot stellt sich also als ein reiner Willkürakt gegen eine fortschrittliche Schriftstellerorganisation dar.

Das Buch

Eine Zola-Biographie

Emile Zolas Tochter, Denise Leblond-Zola, hat in einem kürzlich im Malik-Verlag erschienenen Buche das Leben, das Werk und den Kampf ihres Vaters geschildert. Es ist ein sehr wertvolles Buch: wertvoll durch die überzeugende Darstellung dieses Lebens der Arbeit und des Kampfes, wertvoll durch die Kennzeichnung der Zeit und der Zeitgenossen Zolas und wertvoll nicht zuletzt durch eine Fülle interessanter Dokumente insbesondere aus der Zeit des Dreyfuß-Prozesses. Zolas berühmter offener Brief „J'accuse . . .!" (Ich klage an!) wird im Wortlaut wiedergegeben, ebenso die Rede, die Anatole France an Zolas Grab gehalten hat. Viele Photographien und zeitgenössische Karikaturen beleben den Text. Nicht nur um Zola kennenzulernen, sondern überhaupt, um an diesem Beispiel Ringen und Wirken eines großen Mannes, eines geistigen Menschen zu begreifen, sollten recht viele dieses schöne Buch lesen. W. F.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

67) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Der Kanzler nimmt die Proklamation zur Hand, die er vorher mit Dr. Solf durchgesehen hat. Inzwischen ist der Text, der die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen bekannt gibt, den Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler vorschlägt und Wahlen für die Nationalversammlung ankündigt, dem Justizminister und Justizamt zur Begutachtung vorgelegt worden. Jetzt geht der Prinz noch einmal mit Dr. Simons Satz für Satz diese Urkunde durch und bespricht einzelne formelle Aenderungen.

Die aus dem Reich einlaufenden telegraphischen Nachrichten werden zur Kenntnis genommen und an die zuständigen Ressorts weitergeleitet. Die telephonischen Meldungen des Polizeipräsidiums dagegen, des Kriegsministeriums und des Oberkommandos, die ein Bild der Lage in Berlin ergeben, werden sofort durch das ganze Haus und weiter durch die Ministerien der Wilhelmstraße kolportiert.

Die Arbeiter marschieren — nicht nur im Norden, sondern in allen Bezirken. Nach einem bestimmten Plan bewegen sie sich von der Peripherie her konzentrisch auf die innere Stadt zu. Aber hier steht der Ring treuer Truppen. Die Spreebrücken, die Uebergänge des Landwehrkanals sind durch starke Polizei und Militäraufgebote abgeriegelt. Dahinter liegt die Innenstadt mit dem Regierungsviertel wie auf einer sicheren Insel.

Die Herren der Reichskanzlei sind noch zuversichtlich.

Das Jägerbataillon, die Dragoneraufgebote, die Panzerkraftwagen werden den Ansturm abfangen und die Massen aufhalten, bis die Abdankung des Kaisers da ist! Bis der Prinz dem Volke als seinen Nachfolger den Abgeordneten Ebert präsentieren kann und die Sozialdemokraten auf Grund dieser Zugeständnisse in der Lage sein werden, die Massen wieder nach Hause zu schicken.

Auch der Kriegsminister ist noch zuversichtlich. Das Beispiel der Maikäfer sei nicht typisch. Die Maikäfer galten vorher schon als unzuverlässig.

Aber jetzt fährt ein feldgraues Auto durch die Leipziger Straße und hält vor dem Kriegsministerium. Ein langer Oberleutnant springt heraus. Ohne sich aufzuhalten, ohne lange Anmeldung stürmt er die Treppen hinauf und wird auf sein dringendes Ersuchen hin sofort beim Kriegsminister vorgelassen. Der Offizier kommt aus der Alexanderkaserne und vom Schloß, von wo er die Panzerkraftwagen zu Hilfe holen sollte.

Er klappt die Hacken zusammen und meldet:

„Das Jägerbataillon Nr. 4 in der Alexanderkaserne ist abgefallen! Die Panzerkraftwagen vor dem Schloß weigern sich, gegen die Aufständischen vorzugehen!"

Zwei betäubende Schläge. Der Kriegsminister steht aufrecht hinter dem Schreibtisch; sein Gesicht verliert jeden Ausdruck, selbst die steile Falte zwischen den Augen ist weggewischt. Er starrt den Ueberbringer der Nachricht an, — Oberleutnant v. Etzdorf, kein Zweifel!

Der Kriegsminister geht ans Telephon:

„Reichskanzlei. Seine Hoheit, den Herrn Reichskanzler persönlich", verlangt er.

Die Naumburger Jäger, die Panzerwagen vor dem Schloß . . . die Schreckenskunde geht durch die Wilhelmstraße wie ein Lauffeuer. In der Reichskanzlei wird die Sitzung des Kriegsrats zum zweitenmal unterbrochen. Aus den Ministerien kommen die Exzellenzen und Geheimräte herüber. Von der Straße kommen Augenzeugen herauf. Alle haben besondere, ganz wichtige Mitteilungen zu machen oder glauben, Ratschläge geben zu können.

Das Vorzimmer des Kanzlers ist angefüllt von Menschen. Alle reden durcheinander, einer war in der Franzerkaserne, ein anderer vorm Schloß, noch andere haben von dritten ganz bestimmte Nachrichten erhalten. Ein Offizier aus der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, der Leutnant Colin Roß, hat den Zug in der Chausseestraße gesehen. Er war vor der Maikäferkaserne, als die Soldaten und Arbeiter sich verbrüderten.

Auch der Leutnant wird beim Kanzler vorgelassen.

Er schildert den Herren die Szenen, die er angesehen hat.

„Die Bewegung ist unwiderstehlich. Das Beispiel wird die ganze Garnison mitreißen!"

„Auch die Franzer sind nicht mehr zuverlässig. Der Kommandeur hat erklärt, daß er sich für das Regiment nicht mehr verbürgen kann!" meldet ein eintretender Adjutant.

Mit dem Adjutanten ist ein Offizier aus dem Oberkommando hereingekommen und erzählt: „Der Lustgarten war schon von dichten Volksmassen überflutet, aber ein Polizeiaufgebot hat den Platz vor dem Schloß gesäubert und die Massen zurückgetrieben. Die Brücken und Zugänge sind jetzt wieder mit Maschinengewehren besetzt!"

Colin Roß, der nach seinen Beobachtungen vor der Maikäferkaserne in den Reichstag geeilt war und verschiedene Parteiführer sprach, wendet sich nochmals an den Kanzler. „Der Abgeordnete David läßt Eurer Hoheit sagen, die Sozialdemokratische Partei suche zu beruhigen. Gewaltanwendung sei sinnlos und würde die Lage nur verschlimmern!"

Der Kanzler weiß nur eins: „Es handelt sich nicht mehr um Stunden. Wir haben nur noch Minuten!"

Draußen rennt der Kanzleichef Wahnschaffe den Geheimrat Simons beinahe um.

„Exzellenz, endlich. Eben hat Spa durchgesagt, der Kaiser habe sich entschlossen, abzudanken. Es handelt sich nur noch um die Formulierung."

Im nächsten Moment überbringt er die Nachricht dem Kanzler:

„Die Angelegenheit ist jetzt sachlich entschieden. Sie sind schon bei der Formulierung. Der Kaiser hat sich zur Abdankung entschlossen. Wir werden in einer halben Stunde die Formulierung erhalten!"

Eine halbe Stunde noch . . .

Der Kanzler atmet auf. Man wird doch noch das Rennen mit den Revolutionären machen. Auch die übrigen Herren klammern sich an diese Hoffnung.

Eine halbe Stunde, zwanzig Minuten sind es nur noch. Dann wird der Knoten anfangen, sich zu entwirren. Der Betrieb in der Kanzlei fängt noch einmal an, einigermaßen zu funktionieren. Nur die Abgeschlossenheit des Kanzlerzimmers läßt sich nicht sogleich wiederherstellen. An der Tür stehen einige Herren im Gespräch. In der Mitte des Zimmers diskutieren andere mit Dr. Solf und dem Grafen Bernstorff über die Frage der Reichsverweserschaft. Der Presseoffizier Roß ist auch noch im Zimmer.

Der Kanzler sitzt allein am Tisch, und es sieht aus, als ob er mit sich selbst spreche: „Der Gedanke von David, — ja, das ist richtig. Ich bin auch der Meinung, ein Versuch, mit versagenden Truppen Gewalt anzuwenden, muß zum Sieg der radikalen Bewegung führen. Ich lasse den Kriegsminister bitten, sofort zu mir zu kommen, um die Frage zu klären: welche Instruktionen sind den Truppen für den Waffengebrauch in diesem Augenblick zu erteilen?"

Nach einer Pause fügt er hinzu:

„Veranlassen Sie das bitte!"

Die Exzellenzen stehen im Gespräch. Niemand beeilt sich, den Auftrag auszuführen. Doch der noch anwesende Leutnant Roß verläßt das Kanzleizimmer. Draußen geht er an ein Telephon und teilt dem Kriegsministerium mit: der Kanzler wolle ein Schießverbot für die Truppen erlassen haben. Es dürfe nicht geschossen werden.

Beim Kanzler sind der Staatssekretär Dr. Solf und Graf Bernstorff geblieben. Sie schlagen ihm vor, doch selbst die Reichsverweserschaft zu übernehmen. Der Prinz weist auf das Mißtrauen hin, daß ihm vom Kaiser und der kaiserlichen Umgebung entgegengebracht worden ist und lehnt ab.

„Ein Uebergang wäre geschaffen", meint Graf Bernstorff. (Fortsetzung folgt.)

Finanzkatastrophe der Landgemeinden

Arbeitsbeschaffung mit inflationistischen Mitteln

Die Landgemeinden, besonders diejenigen, die größere Massen von Lohnarbeitern beherbergen, sind infolge der durch die Massenarbeitslosigkeit bedingten Wohlfahrtsunterstützungen in eine fast noch schlimmere Finanzkalamität geraten, als die großen Städte. Tausende von Landgemeinden leben nur noch von der „Gnade", d. h. den Zuschüssen vom Reich. Dabei besteht kein Schimmer von Aussicht auf Besserung, sondern umgekehrt — es wird allen Anzeichen nach in Zukunft noch schlimmer.

Das alles hat den Landgemeindetag im Sommer d. J. unter Führung des Landrates a. D. Dr. Gereke veranlaßt, der Reichsregierung ein Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden vorzulegen, dessen wesentliche Forderungen Dr. Gereke auf einer Landgemeindetagung in Sachsen am Montag, den 10. Oktober, folgendermaßen umschreibt:

„Im Grundsatz genau wie bei den Steuergutscheinen sollen die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Genossenschaften öffentlich-rechtlicher Art auf einen Teil der Steuereingänge künftiger Jahre vorgreifen können, um damit produktive Arbeiten zu finanzieren. Wie schon bisher, sollen dazu Anleihebeschlüsse gefaßt und die Anleihen bei den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten verflüssigt werden. Für die von uns vorgeschlagene zentrale Lösung dieses umfassenden Problems ist es notwendig, Anschluß an den bestehenden Geldverkehr und an die zentrale Notenbank, die Reichsbank, zu finden. In welcher Form man das tut, ist eine Frage der technischen Zweckmäßigkeit. Nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen kann man annehmen, daß grundsätzliche Widerstände gegen diese Seite der Angelegenheit kaum erhoben werden."

Dr. Gereke klagt die Regierung an, daß sie nicht schon im Sommer an die Durchführung dieses Programms gegangen wäre, jetzt unmittelbar vor dem Winter wäre das sehr schwer. Aber es müsse sofort etwas geschehen, denn, so führte Gereke weiter aus:

„In zahlreichen Gemeinden haben wir schon offene Kassenzusammenbrüche. Am bedrohlichsten sei, daß verschiedene Gemeinden schon dazu übergegangen wären, den Erwerbslosen aus Mangel an jeglichen Barmitteln Scheine zu geben, also Notgeld, damit sie sich noch etwas kaufen können. Mache dieses Verfahren, das jetzt stellenweise zu beobachten sei, Schule, dann sei schließlich der Zusammenbruch unserer gesamten Finanzen und unserer Währung nicht aufzuhalten."

Selbstverständlich haben Dr. Gereke und mit ihm die Tagungen der Landgemeinden recht mit der Forderung, daß sofort etwas getan werden müsse. Aber ihr Vorschlag läuft noch genau wie das Papenprogramm vom 4./5. September darauf hinaus, die jetzige Notlage auf Kosten der Zukunft zu mildern. Da aber die Wirtschaftslage auch in ein oder zwei Jahren, wenn die jetzt verpfändeten Steuereingänge eingelöst werden sollen, gewiß nicht besser als heute sein wird, so ist das ganze Manöver bestenfalls nur eine Aufschiebung, der der noch schlimmere, unausweichliche Zusammenbruch folgen muß. Diese Tatsache muß sich bei der Durchführung der Pläne finanzpolitisch jetzt schon auswirken und zu einer Entwertung der Steuergutscheine, sowie der Banknoten und daher zur schnellen Inflation führen.

Man sieht, jeden Versuch die Krise und Finanzkatastrophe mit kapitalistischen Methoden lösen zu wollen, kann selbst beim besten Willen nur zu einer Verschärfung des Chaos und der Pleite führen. Darum ist eine wirkliche Lösung nur auf sozialistischem Wege möglich, durch Kampf zum Sturz der kapitalistischen Wirtschaft, der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Die Arbeiterklasse kann daher nur Maßnahmen, die sich in dieser Richtung bewegen, unterstützen.

Zerschlagung des Tarif-Vertrages im Bankgewerbe

Der freigewerkschaftliche Betriebsratsvorsitzende Simniewski als Arzt des Kapitalismus

In der „SAZ" vom 25. 9. hatten wir eine in der Mitgliederversammlung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten angenommene Resolution zum Abdruck gebracht, die bei der bevorstehenden Durchführung der Papen-Verordnung den Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel zur Abwehr vorsah. — Gleichzeitig hatte die Zentralverwaltung des AV eine Entschließung am 11. 9. angenommen, die ebenfalls versprach, den Widerstand gegen die Durchführung der Papen-Verordnung mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln zu organisieren und zu führen und kein Paktieren mit dieser Staatsgewalt zu dulden.

Konnten wir nun noch vermuten, daß der Freigewerkschaftliche AV eine Möglichkeit fand, die alte Stillhaltepolitik der Gewerkschaften fortzusetzen? War es überhaupt für die AV-Betriebsräte der Dedi-Bank nach Annahme vorliegender Entschließung möglich, sich ihrer Direktion gegenüber zu verpflichten, eine Gehaltssenkung zur Vermeidung von Entlassungen der Belegschaft zu empfehlen? Daß dieses Tatsache geworden ist, verdanken wir mit dem Geschäftsführer Marx.

Der erste Schritt zur Zerschlagung des Reichstarifs im Bankgewerbe ist getan. Die Belegschaft der Dedi hat kampflos auf Empfehlung ihres Betriebsrates in einer Urabstimmung im Betriebe für die Kürzung der Gehälter um 2,5 Prozent (ausgenommen davon soziale Zulagen, übertarifliche Zulagen, Ueberstundengelder, Dezembersonderzahlung. Freigrenze von 50 M.) unter gleichzeitiger Kürzung der Arbeitszeit von wöchentlich einer Stunde zugestimmt. Der Abbau von Personal soll während der Laufzeit dieses Abkommens (bis 31. 3. 1933) nicht stattfinden.

In einer darauf stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung brachte es Marx fertig, mit folgenden Sätzen die Begründung für das Verhalten der AV-Betriebsräte in der Dedi-Bank zu liefern:

1. Als Gewerkschaftsfunktionär müßte man das Ansinnen der Dedi betreffs Gehaltsabbau zur Vermeidung von Kündigungen ablehnen.
2. Als Betriebsfunktionär könnte man das Verhalten der AV-Betriebsräte der Dedi billigen, die durch ihr Verhalten dazu beigetragen hätten, daß der Reichstarif nicht am 30. 9. per 31. 12. 1932 gekündigt worden wäre.

Im Gegensatz zu dieser „marxistischen" (nicht der von Karl Marx) Begründung führte dagegen der Geschäftsführer Emonts aus, daß dieser Unterschied zwischen Gewerkschafts- und Betriebsfunktionär falsch wäre. Für uns freigewerkschaftliche Funktionäre gäbe es im Augenblick nur eine Kampfparole, gegen den Versuch der Unternehmer, die Notverordnung in Anwendung zu bringen. Obwohl in den Ausführungen des Kollegen Emonts eine richtige Beurteilung und Folgerung der augenblicklichen politischen Situation zu erkennen ist, so wird man ihnen keine praktische Bedeutung beimessen können, solange sein Paktieren mit Marx andauert.

Alle Kollegen im AV werden nun wohl erkennen, daß allein nur durch das Festhalten an das freigewerkschaftliche Programm (§ 1 Absatz 3 der AV-Satzungen: Zur Erreichung des Zweckes sieht der Verband die Mittel der gewerkschaftlichen Selbsthilfe gegenüber der sekundären Hilfe von Reich, Staat und Gemeinden als primär an) eine weitere Zerschlagung des Reichstarifes verhindert werden kann.

SAMSTAG, den 15. Okt. abends 7½ Uhr
im Volkshaus Krefeld, Breitestraße

Offentl. Wahlversammlung

Referent: Gen. J. Walcher, Berlin

spricht über: **Die SAP und die kommenden Reichstagswahlen**

Sozialistische Arbeiter-Partei
Ortsverein Krefeld

Eintritt 0.10 RM. Eintritt 0.10 RM.

Zentral-Verband der Arbeitsinvaliden

in den Jahren 1929 bis 1931

Der Bericht des Verbandsvorstandes des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, der sich auf die Jahre 1929 bis 1931 erstreckt, ist erschienen. 1. Vorsitzender des Zentralverbandes ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete August Karsten. Der Verband, der Ende des Jahres 1919 durch Zusammenschluß mehrerer kleiner Organisationen gegründet wurde, ist eingeteilt in 23 Gaue; die Durchschnitts-Mitgliederzahl betrug 1931 324 276. Davon entfällt im gleichen Jahre auf den größten Gau, Freistaat Sachsen, eine Durchschnitts-Mitgliederzahl von 48 590 = 15 Prozent und auf den kleinsten Gau, Mecklenburg, eine solche von 1016 = 0,3 Prozent. Die Zahl der Verbandsangestellten, einschließlich der Gauanstalten, betrug am Schlusse des Jahres insgesamt 93 Angestellte. Für Sterbeunterstützung wurden ausgegeben im Jahre 1929 359 560 RM., im Jahre 1930 441 525 RM., und im Jahre 1931 547 440 RM.

In der Berichtszeit wurde im Jahre 1929 der Film „Das Parlament der Arbeitsopfer" und im Jahre 1931 der Film „Wir klagen an" hergestellt. Ersterer wurde vor 119 399, der zweite vor 159 108 Besuchern aufgeführt. Außerdem wurde der zweite Film auf der „Internationalen Hygiene - Ausstellung" in Dresden vor über 200 000 Besuchern in der Zeit vom Juni bis September 1931 vorgeführt. In der Berichtszeit wurden 141 Gaukurse mit 3532 Teilnehmern, sowie ein Reichskursus mit 39 Teilnehmern veranstaltet.

Im sozialpolitischen Bericht befaßt sich Karsten mit dem bedeutend kleineren „Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit". Die Sektiererpolitik der KPD hielt es auch hier für notwendig, eine eigene Organisation aufzubauen und erreichte dadurch nur, genau wie in der RGO, daß der Zentralverband im Laufe der Jahre, verursacht durch den Verlust der revolutionären Opposition, sich vollkommen auf die demokratische und reformistische Idee aufgebaut hat. Die „Eiserne Front" wurde richtunggebend nicht nur bei der letzten Reichstagswahl, sondern auch bei der Präsidentenwahl wurde der ganze Verbandsapparat für die Wahl Hindenburgs eingestellt.

Die Brüningschen Not-Verordnungen haben — nach dem sozialpolitischen Bericht — dem Verbandsvorstand viel Kopfschmerzen gemacht; nämlich, wie es möglich sei, diese Notverordnungspolitik zu bekämpfen, ohne Brüning zu stürzen. Dessen Sturz hätte nichts anderes gebracht, als eine noch schlechtere Regierung, welche aber allerdings nun auch unbeschadet der Tolerierung Brünings gekommen ist. Aber, meint Karsten, er habe ja nicht annehmen können, und mögen, daß wir in solch fürchterliche wirtschaftliche Zustände hineingeraten würden, wie die sind, in denen wir uns heute befinden. Trotz dieses Eingeständnisses kann es sich Karsten nicht verkneifen, den Genossen Seydewitz und Rosenfeld, welche rechtzeitig die Gefahr der Tolerierung Brünings erkannt haben, einen unverantwortlichen Seitenhieb zu versetzen.

Der Organisationsbericht erwähnt auch, daß eine Reihe führender Funktionäre ausgeschlossen werden mußten (!!), weil hier und da Differenzen aufgetaucht wären. Eine Zahl ist nicht angegeben, jedoch wurden durch diese Differenzen vielleicht an 1000 Mitglieder eingebüßt. Es wird Aufgabe unserer und aller oppositionellen Mitglieder sein, auf Aenderung der Paragraphen 20 bis 24 der Satzungen hinzuwirken, in welchen die Ausschlußbestimmungen festgelegt sind. Es muß durchgesetzt werden, daß alle Ausschlußanträge, ehe sie an den Gau- bzw. Verbandsvorstand gelangen, erst in der Ortsgruppe durch ein paritätisches Schiedsgericht gehen müssen.

Darüber hinaus ist es notwendig, gegen die grundfalsche Politik des Verbandsvorstandes der letzten Jahre anzukämpfen. Insbesonders muß sich jeder Verbandskollege gegen die Auffassung des 2. Verbandsvorsitzenden Gäbler wenden; nämlich, daß die Kollegen, welche mit den Maßnahmen des Verbandsvorstandes nicht einverstanden sind, herausgehen müssen. Die Fortsetzung dieser Politik wird nicht nur zu einem Mitgliederverlust führen, sondern die Organisation wird ihre bisherige Schlagkraft mehr und mehr einbüßen, welche heute dringender denn je erforderlich ist.

Kein Geld zur Wohlfahrtsunterstützung

Wir berichteten bereits, daß die Stadt Herne in der vergangenen Woche nicht in der Lage war, die Unterstützungssätze an die Wohlfahrtserwerbslosen voll zur Auszahlung zu bringen. Die Gewerkschaften und Parteiorganisationen haben sich inzwischen an die Reichsregierung gewandt und Maßnahmen gefordert, die die Unsicherheit der Finanzlage beseitigen sollen, da sich andernfalls die Vorgänge wie in der vergangenen Woche wiederholen müßten. Nunmehr haben sich auch in der Gemeinde Hüsten dieselben Schwierigkeiten bemerkbar gemacht. Den Unterstützungsempfängern konnten die Gelder nur bis zu 50 Prozent gezahlt werden. Um aber diese Zahlungen durchführen zu können, mußten die am 10. fälligen Lohn- und Gehaltszahlungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Amtes einschließlich der Lehrpersonen zurückgestellt werden.

55 000 to Stahl für die Sowjetunion

Essen, 11. Oktober.

Der Stahlwerksverband teilt mit, daß er aus Sowjetrußland einen neuen Auftrag auf Walzwerkserzeugnisse erhalten habe, und zwar handelt es sich um 40 000 t Stabeisen und 15 000 t Formeisen und Halbzeug, die ab sofort geliefert werden sollen.

Elend im Siegerland

(Eigener Bericht)

Siegen, 10. Oktober.

Das Massenelend im Siegerland nimmt immer katastrophalere Formen an. Die Industrie- und Handelskammer Siegen-Olpe-Dillenburg veröffentlicht neuerdings über die Konkurs-, Vergleichs- und Offenbarungseidverfahren sehr bedenkliche Zahlen. Insgesamt wurden 176 dieser Verfahren anhängig gemacht. An jedem Tage werden durchschnittlich 7 wirtschaftliche Zusammenbrüche von Unternehmen festgestellt. Gegen 137 Personen sind Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides erlassen. Gegenüber den kaum ins Gewicht fallenden Neueinstellungen, werden auf der anderen Seite dauernd weitere Arbeiterentlassungen vorgenommen. Die Firmen Wolf, Netter und Jakoby in Finnentrop haben einem Teil ihrer Arbeiter die Kündigung zugestellt. Auf einen telegraphischen Notschrei von 20 000 siegerländischen Erwerbslosen an den Reichskanzler, der sich gegen den begonnenen Abbruch der Bremerhütte in Geisweit, Weidenau und Gosenbach richtet, hat der Kanzler eine ausweichende Antwort erteilt.

Die von den Kommunen eingeleitete Winterhilfe bringt trotz viel größerer Not lange nicht die gleichen Ergebnisse, wie im Vorjahr. Durch eine Wochensammlung der Stadt Siegen wurden jetzt 25 Zentner Lebensmittel eingebracht. Das ist nur die Hälfte des vorjährigen Wochenergebnisses. Von den 32 000 Einwohnern der Stadt Siegen sind allein 1073 auf die materielle Unterstützung der Winterhilfe angewiesen.

Erfolgreiches Auftreten der SAP in Oettinghaus-Versammlung

Die KPD und RGO in Wilhelmshaven-Rüstringen führte am 7. Oktober eine öffentliche Versammlung durch, in der W. Oettinghaus über: „Notverordnung und Betriebsarbeiter" referierte. Wir erkennen an: Oe. bemühte sich, in sachlicher Weise nicht den Standpunkt der KPD, wohl aber seine eigene Auffassung zu begründen. Um die entscheidenden Fragen — Einschätzung des 20. Juli, Stellung zu den freien Gewerkschaften, RGO, Einheitsfront usw. — ging Oettinghaus herum oder gab ihnen eine Auslegung, die passabel war, aber nicht der „Linie" der KPD entspricht.

In der Diskussion sprach für die SAP Genosse Ehlers (Bremen), dem die etwa 700 Arbeiter und Arbeiterinnen ¾ Stunden unter gespanntester Aufmerksamkeit zuhörten. Genosse E. führte ungefähr folgendes aus: Wenn eine revolutionäre Massen-Partei am 20. Juli nur das Versagen der „Andern" zu registrieren hat, und wenn die durch die KPD ausgegebene Streikparole völlig verpuffte, so müsse doch nach der Ursache gesucht werden. Genosse E. kritisierte besonders die Politik der KPD in den proletarischen Massenorganisationen und wies an Hand eindeutigen Materials die gänzliche Einflußlosigkeit der KPD in den Gewerkschaften nach. Dieser Zustand sei bei Aufrechterhaltung der RGO und der Roten Verbände keineswegs zu ändern. Anschließend daran erklärte der Genosse E. der Versammlung die Stellung der SAP zu den Gewerkschaften. Auf die Frage von Oettinghaus, wo heute in Deutschland die Gewerkschaft sei, die anläßlich des Streikverbots ernsthaft an die Lösung der Frage: Betriebsarbeiter — Erwerblose und demnach Streikführung herangehe, erklärte Genosse E., daß hier gerade die Aufgabe einer wirklich revolutionären Gewerkschaftsopposition liege. Zum Schluß machte Genosse E. noch längere Ausführungen über die Frage der Einheitsfront, insbesondere auch über die Bedeutung von Spitzenverhandlungen und die Notwendigkeit des Zusammengehens aller proletarischen Organisationen zum Kampf für Teil- und Uebergangsforderungen.

Ein Vertreter der AAU gab bezeichnenderweise seiner Freude darüber Ausdruck, daß die KPD zur Zeit eine „fast richtige" Gewerkschaftspolitik betreibe (!). Im Schlußwort suchte Oettinghaus alle Tatsachen über die wechselvolle Stellung der KPD zur Gewerkschaftsfrage mit dem Hinweis zu umgehen, daß er infolge seiner kurzen Mitgliedschaft in der KPD dafür nicht verantwortlich sei. RGO ist nach Oe. lediglich eine Zusammenfassung aller oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder und der aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen. Im übrigen sei er außerordentlich angenehm enttäuscht über die vernünftige Stellungnahme von Thälmann, Remmele, Dahlem u. a. zur Gewerkschaftsfrage. Sie stünden in dieser Frage nicht anders als er selbst. Geheimnis bleibt da nur, warum die Mitglieder der KPD von dieser Stellungnahme ihrer Führer nicht unterrichtet sind.

Immer höhere Zollmauern

Warschau, 11. Oktober.

WTB. Der seit mehreren Jahren vorbereitete neue polnische Zolltarif ist heute morgen im staatlichen Gesetzesanzeiger veröffentlicht worden. Er tritt erst nach einem Jahr in Kraft. Der neue Tarif enthält gegenüber den jetzigen Sätzen fast überall Erhöhungen.

Die durch die Veröffentlichung des neuen Zolltarifs notwendigen Verhandlungen mit den Vertragsstaaten werden demnächst beginnen.